



Saarland.
Familie.
Leben.

Weniger Worte, mehr Werte!

***Wahlprogramm der ÖDP Saar
zur Landtagswahl am 27. März 2022***



Saarland.
Familie.
Leben.

Programm zur Landtagswahl am 27. März 2022

Inhaltsverzeichnis

Wir stehen für eine neue Wertschätzung	3
Ökologie muss bezahlbar sein – für alle!	5
Familien haben Vorrang im Saarland	6
Bildung und Forschung	9
Handwerk als tragende Säule des Saarlands	14
Wirtschaft und Soziales braucht Ökologie	16
Ehrenplatz für das Ehrenamt in der Gemeinwohlökonomie	20
Gesundheit und Pflege halten das Saarland zusammen	21
Saarländische Klimapolitik	24
Ökologische Energiewende	28
Mobilität geht auch ökologisch	33
Natur- und Bodenschutz als Markenzeichen des Saarlands	43
Landwirtschaft und Ernährung: Wertvoll für das Saarland	50
Innere Sicherheit und Justiz	53
Mehr Demokratie im Saarland	55
Kulturlandschaft Saarland: Vielfalt erhalten und fördern	57
Anlage 1: ÖDP-Konzept für den saarländischen Bahnverkehr	58



Saarland.
Familie.
Leben.

Programm zur Landtagswahl am 27. März 2022

Wir stehen für eine neue Wertschätzung

Die ÖDP Saar strebt ein Zusammenleben in einer intakten Natur an. Dabei folgen wir einer idealistischen Grundhaltung und suchen nach gangbaren Wegen, die den Menschen und seine Lebensrealität in den Mittelpunkt stellen.

Wir stehen für **eine neue Wertschätzung für Mensch, Tier, Umwelt und Planet** – unser Motto lautet „weniger ist mehr!“

Wir stehen für ein friedliches Miteinander aller Menschen.

Wir stehen für Entschleunigung – Zeit ist der wichtigste Wert unserer Zeit.

Daraus leiten wir unsere Grundhaltungen ab:

- **Wirtschaft für das Gemeinwohl der gesamten Bevölkerung**, nicht für das Bankkonto einzelner. Das ständige Streben nach sogenanntem Wachstum muss aufhören. Menschen, Tier, Umwelt und Planet dürfen nicht länger ausgebeutet werden, um Profite von Konzernen zu maximieren. Stattdessen muss jede Arbeit wertgeschätzt und angemessen bezahlt werden.
- **Ressourcen schonen**: Wir wollen Kreislaufwirtschaften fördern, wo immer es möglich ist. Endliche Rohstoffe müssen so lange recycelt werden, wie es geht. Generell müssen wir Einwegnutzungen beenden, wegwerfen darf nicht billiger sein als recyceln. Typisch saarländisch wollen wir die gemeinsame Nutzung und Reparatur von Gegenständen wieder in das Bewusstsein holen.
- **Umweltschutz**: Die Ausbeutung unserer Umwelt muss aufhören. Flächenversiegelung, CO₂-Ausstoß und vieles mehr sind Themen, die unsere Agenda leiten und gegen die wir uns stemmen.
- **Tiere sind Lebewesen**: Tiere können sich nicht selbst vor uns schützen, deshalb ist dies unsere Aufgabe. Wir stehen an der Seite von Tierheimen und Tierschutzorganisationen und wollen eine Abschaffung der Massentierhaltung und eine Reduktion der Nutztierbestände. Stattdessen setzt sich die ÖDP für eine Förderung der extensiven Landwirtschaft und allgemein für die Agrarwende ein.
- **Bildung ist für alle da**: Unser Bildungssystem benachteiligt die Kinder von Arbeiterinnen und Arbeitern. Wir wollen, dass alle Kinder die Ausbildung erhalten, die sie anstreben, unabhängig vom Geldbeutel der Eltern. Wir stehen für eine altersgerechte **Modernisierung und Entschleunigung des Schulalltags**.
- **Alternativen zum Individualverkehr**: Wir nehmen die **Verkehrswende** ernst und setzen auf flächendeckenden Ausbau des öffentlichen Verkehrs, der den



Saarland.
Familie.
Leben.

Programm zur Landtagswahl am 27. März 2022

Bürgerinnen und Bürgern den Umstieg von Auto auf Bus und Bahn erleichtert. Wir wollen mehr Platz für Fußgänger und Radfahrer und mehr Güterverkehr auf der Schiene.

- **Familie ist vielfältig:** Wir wollen jede Form der Familie fördern und unterstützen. Die wertvolle Arbeit in der Familie, etwa bei der Pflege von Angehörigen und der Erziehung von Kindern, muss angemessen gewürdigt werden.
- Wir stehen für eine **inklusive Gesellschaft für alle**, für einen respektvollen Umgang miteinander auf Augenhöhe. Unsere Wertschätzung gilt denen, die sich ehrenamtlich dafür einsetzen.



Saarland.
Familie.
Leben.

Programm zur Landtagswahl am 27. März 2022

Ökologie muss bezahlbar sein – für alle!

Preise sprechen heutzutage nicht die Wahrheit. Täten Sie das, dann würden Produkte, die einen großen ökologischen Rucksack haben, viel teurer sein als Produkte mit einem geringen ökologischen Rucksack. Zu diesem Rucksack gehören nicht nur die Kosten, die durch die CO₂-Emissionen verursacht werden, sondern auch die Umweltbelastungen in den Verarbeitungsprozessen und die Nutzung von natürlichen Rohstoffen.

Unsere heutige Industriegesellschaft ist stark auf Produkte mit kurzer Lebensdauer konzentriert, weil sich durch den häufigeren Verkauf neuer Produkte höhere Umsätze erzielen lassen. Diesen Teufelskreis wollen wir beenden!

Wir sind uns der Tatsache bewusst, dass ein Paradigmenwechsel mit Mehrkosten verbunden ist. Gerade weniger wohlhabende Menschen müssen unterstützt werden, um sich um ihren Lebensunterhalt keine Sorgen machen zu müssen.

Oftmals wird das Argument steigender Preise herangezogen, um die ökologische Wende für unerreichbar zu erklären. Diese Argumentation lehnen wir ab. Wir wollen stattdessen den Übergang durch die gezielte gesellschaftliche und individuelle Förderung gestalten. Da der industrielle Konsum auch eine kulturelle Aufgabe ist, können wir die Wegwerfgesellschaft nur überwinden, wenn wir von früh an einen bewussten Verbrauch und einen bewussten Umgang mit den Dingen der unbezahlten Umwelt lernen. Werte müssen wieder geschätzt werden, deswegen fordert die ÖDP Saar:

Unsere Gesellschaft braucht einen offenen Diskurs über den bewussten Umgang mit Konsumentenscheidungen.

Produkte sollten länger genutzt werden, getauscht oder verliehen werden, sie sollten repariert werden. Das Saarland sollte die ureigene Wirtschaftsweise des Reparierens und Tauschens, sowie der geteilten Nutzung von Gegenständen und Dienstleistungen wieder zu seinem Markenkern machen und eine entsprechende Wirtschaftskultur entwickeln.

Die saarländische Wirtschaft sollte gemeinsam mit der Landesregierung eine Kampagne entwickeln, bei der die wahren ökologischen Kosten gekennzeichnet werden. Somit können Verbraucherinnen und Verbraucher leicht sehen, welche ökologischen Schäden sie mit ihrer Kaufentscheidung verursachen. Hierfür gibt es entsprechende Rechenmodelle und Konzepte, für die das Saarland als Vorbild für andere Regionen eintreten sollte.



Saarland.
Familie.
Leben.

Programm zur Landtagswahl am 27. März 2022

Familien haben Vorrang im Saarland

Familien sind die Keimzellen unserer Gesellschaft, sie prägen, stärken und bilden unsere Kinder, bieten Schutz und Geborgenheit, lassen Kinder ihre Umwelt kennenlernen und bieten im Kleinen die Möglichkeit, Konflikte auszutragen und Lösungen zu finden. Sie sind der erste Ort, an dem Kinder Bildung erfahren, und der Ort, der sie zu Jugendlichen heranreifen lässt. Kinder profitieren ihr Leben lang von einer guten Erziehung. Familien müssen daher einen besonderen Stellenwert erhalten und gefördert werden.

Unterstützung von Familien mit Kindern

Die ÖDP fordert den Ausbau eines Hilfsangebots mit „frühen Hilfen“, die bereits während der Schwangerschaft einsetzen können und wo Mütter auch gleich nach der Geburt begleitet werden. Weiterhin garantiert das Saarland für alle Familien moderne und zeitgemäße Lehrmittel an den Schulen. Die Digitalisierung der Ausbildung steht in einer Balance mit traditionellen Lehrmethoden. Das Saarland garantiert einen Ausbildungsplatz für jede und jeden.

Zur Unterstützung von Familien fordern wir eine besondere Förderung auf Landesebene:

- Das Saarland soll Angebote zur Elternbildung parallel zur Geburtsvorbereitung einführen. Diese sollen sich an beide Elternteile gemeinsam richten. Dabei soll über alle Formen der Familienbeihilfe aufgeklärt werden. Auf Bundesebene soll sich das Saarland zudem dafür einsetzen, dass der „Förderdschugel“ für Familien mit Kindern deutlich vereinfacht und vereinheitlicht wird.
- Hierzu gehört u.a. die Überführung der Gehälter von Erzieherinnen und Erziehern und Kinderpflegern vom niedrigeren SuE-Tarif (Sozial- und Erziehungsdienst-Tarif) in den regulären Tarif des Öffentlichen Dienstes. Die Arbeit mit Kindern muss auch monetär endlich wertgeschätzt werden. Weiterhin fordern wir die Angleichung der Gehälter für Grundschullehrkräfte an diejenigen der Gymnasiallehrkräfte.
- Das Saarland entwickelt ein Sonderprogramm zur Fortbildung von Pädagoginnen und Pädagogen, damit ein hohes Niveau an Erziehungsunterstützung von der Krippe bis zur Schule angeboten werden kann. Wir brauchen dringend eine bessere Bezahlung für gut ausgebildete Pädagoginnen und Pädagogen auf allen Ebenen.
- Die Kitas im Saarland arbeiten durchweg an der Mindestgrenze der Personalstunden, alleine durch Krankheitsausfälle, Überbelegung etc. Mehr

ÖDP Saar – Mainzer Str. 110, 66121 Saarbrücken – E-Mail: info@oedp-saar.de – Tel.: 01575-3701735

www.oedp-saar.de



Saarland.
Familie.
Leben.

Programm zur Landtagswahl am 27. März 2022

Personal und dessen bessere Bezahlung sind lange überfällig. Das Landesjugendamt als Aufsichtsbehörde kann hier durch die Festlegung der Personalschlüssel das Geld und die Vorgaben hin zum Besseren verändern. Corona hat die Personalengpässe noch einmal verdeutlicht. Kitas sollen Bildungsorte sein, dafür braucht es Personal, und das in angemessener Bezahlung. Wir setzen uns daher für eine Erhöhung des Personalschlüssels und damit mehr Personal zur Betreuung der Kinder in den Kitas ein.

- Grundsätzlich befürworten wir ein Erziehungsgehalt, das den Eltern unabhängig davon zukommt, wieviel Zeit ihre Kinder in Kindertagesstätten verbringen. Bis das realisiert ist, fordern wir im Saarland eine gebührenfreie Betreuung für alle Kinder.
- Das Saarland legt ein Programm für ökologisch hochwertiges Frühstück und Mittagessen an Schulen auf. Dies geht einher mit Bildungseinheiten im Curriculum, die auf grundlegende Aspekte einer gesunden und ökologischen Ernährung verweisen.
- Die Nachmittagsbetreuung erfolgt im Saarland in Zusammenarbeit mit den saarländischen Vereinen, die hierfür einen Zuschuss aus dem Landeshaushalt erhalten. Kinder sollten nicht den ganzen Tag im Schulgebäude verbringen.
- Eine flächendeckende Kinderbetreuung im ganzen Land mit langen Öffnungszeiten bis 17 Uhr bei Bedarf. Familien, die diese nicht in Anspruch nehmen, können eine Erstattung beantragen.
- Eine bessere Ausstattung von Kinderbetreuungseinrichtungen in Kombination mit einem transparenten Förderungssystem für private Kinderbetreuungseinrichtungen.
- Ein Ausbildungsprogramm für die Fortbildung von Tagesmüttern und Tagesvätern.
- Ein saarländisches Gütesiegel zur Qualitätssicherung in öffentlichen und privaten Betreuungseinrichtungen gepaart mit regelmäßigen Kontrollen.
- Die Bereitstellung von günstigen Starterwohnungen für Familien, sowie Schaffung alternativer Wohnkonzepte für Alleinerziehende.
- Die Unterstützung familienfreundlicher Betriebe, die sich aktiv um die sogenannte „Work-Life-Balance“ kümmern.

Wir brauchen im Saarland zudem mehr Therapieplätze für Kinder und den Ausbau von Kinder- und Jugendpsychiatrieabteilungen. Für Kinder mit Behinderungen benötigen wir im Saarland ein Rund-um-die-Uhr-Wohn- und Förderprogramm, um betroffene Familien und Eltern zu entlasten.



Saarland.
Familie.
Leben.

Programm zur Landtagswahl am 27. März 2022

Das Saarland soll eine Unterhaltsgarantie für alleinstehende und bedürftige Eltern einführen. Nicht bezahlte Beträge vom anderen Elternteil werden von einer neu eingeführten Abteilung im Familienministerium eingefordert und dem betreuenden Elternteil solange erstattet, wie sie ausbleiben.



Saarland.
Familie.
Leben.

Programm zur Landtagswahl am 27. März 2022

Bildung und Forschung

Bildung ist ein Wert an sich, sie schafft berufliche Perspektiven und Arbeitsplätze. In allen Schularten sollen vielfältige Angebote sicherstellen, dass Körper und Geist gefördert und soziale Kompetenzen erworben werden. Eine bessere Zusammenarbeit mit Institutionen wie zum Beispiel Sportvereinen, Musikschulen und Trägern von Jugendarbeit ist Ziel der ÖDP.

Die Schuleinrichtung ist anzupassen, zum Beispiel Küchen oder auch Schulgärten, in denen ein Teil der Lebensmittel selbst erzeugt werden können. Das Beschaffungswesen der Verwaltungen kann durch Berücksichtigung nachhaltiger Produkte einen wichtigen Beitrag zur gesellschaftlichen Wertschöpfung leisten.

Die ÖDP Saar steht für eine altersgerechte Entschleunigung und Modernisierung des Schulalltags. Deshalb zielt sie darauf ab, weniger auf Leistungsdruck zu setzen und zu erkennen, dass sich die individuellen Bedürfnisse und Lernverhalten von Schülern stark unterscheiden. Desweiteren vermisst die ÖDP Saar wichtige lebenspraktische Inhalte in der Schulbildung und will den Fokus auf ökologische Themen stärken.

Ebenso steht für uns die Chancengleichheit in der Bildung im Mittelpunkt. Wir setzen uns deshalb für kostenlose Lehrmittel an Schulen und eine hochwertige Ausstattung in allen Schulen ein.

Für viele Schüler ist das Abitur nach dem G8-Modell mit einem hohen Maß an Stress verbunden. In einer einfachen Rückkehr zu G9 sehen wir aber keine Lösung, weil sie den zahlreichen anderen Baustellen im saarländischen Bildungswesen nicht gerecht wird. Stattdessen wollen wir allen Schülern die Möglichkeit geben, mit der aus ihrer Sicht richtigen Geschwindigkeit zu lernen.

Deshalb setzt sich die ÖDP Saar für die Wahlfreiheit zwischen G8 und G9 ein. Das bestehende Modell aus Gymnasien und Gemeinschaftsschulen muss dabei deutlich verbessert werden, um beide Optionen gleichwertig auszugestalten.

Schulfächer neu gestalten

Wir sind überzeugt, dass ein zeitgemäßer Unterricht neue Strukturen erfordert. Deshalb wollen wir Schulfächer umgestalten und neu einführen, um wichtige verstärkt einzubauen.

- Deutlich mehr lebenspraktische Kenntnisse in den Fächern Deutsch und Mathematik, insbesondere in den höheren Klassenstufen
- Einführung eines neuen Schulfachs Digitalisierung und Medienkunde



Saarland.
Familie.
Leben.

Programm zur Landtagswahl am 27. März 2022

- Entschlackung von Redundanzen zwischen den Gesellschaftswissenschaften
- Ökologie und Erdkunde werden gemeinsam aber gleichwertig behandelt. Wir möchten hierbei die sogenannte „Kulturgeographie“ und die „Physische Geographie“ voneinander trennen. Die Kulturgeographie soll der Politik und Geschichte zugeordnet werden.
- Das Fachgebiet Physische Geographie, welches bislang bereits Klimakunde beinhaltet, soll mit stärkeren ökologischen Schwerpunkten versehen werden und insgesamt eine Stärkung erfahren.
- Ernährung als gleichwertiger Bestandteil des Biologieunterrichts
- Mehr Wahlfächer in der Oberstufe, um Schülern angesichts ihrer individuellen Lernbedürfnisse eine größere Auswahl zu geben

Um den nötigen Freiraum für diese Inhalte zu schaffen und mehr Wertschätzung für die Lebenszeit der Schülerinnen und Schüler zu zeigen, brauchen wir in anderen Bereichen des Unterrichts eine Verschlankung.

- Die ÖDP Saar will die Trennung von Kirche und Staat auch an Schulen umsetzen. Der Religionsunterricht wird durch Ethikunterricht ersetzt. Religion sehen wir als Privatsache an. Wir befürworten freiwillige AGs, die in Zusammenarbeit mit Religionsgemeinschaften stattfinden. Über die Teilnahme entscheiden dabei die Schüler.
- Sport, Musik und Bildende Kunst halten wir für einen wertvollen Bestandteil der kindlichen und jugendlichen Entwicklung. Weil Musik und Kunst stark vom persönlichen Interesse der Schüler abhängig sind, befürworten wir das optionale Angebot der Kunstfächer ab der 11. Klasse. Wir wollen dadurch eine Stärkung des Vereinslebens erzielen, auf das die interessierten Schüler sich dann verstärkt konzentrieren können.
- Aus Gründen der gesundheitlichen Prävention befürworten wir die Einführung einer dritten wöchentlichen Sportstunde. Dabei soll eine verstärkte Kooperation mit örtlichen Sportvereinen stattfinden.

Duale Berufsausbildung: Neue Berufsbilder im Rahmen des Klimaschutzes

Im Rahmen der Energie- und Mobilitätswende entstehen neue Ausbildungs- und Arbeitsplätze. So müssen viele Fachberufe sich stärker auf die Elektrifizierung und die Integration von erneuerbar produziertem Wasserstoff in das Energie- und Verkehrssystem einstellen. Das Saarland kann zu einem der treibenden Ausbildungsstandorte für diese Berufe werden, da sich viele Betriebe im Saarland



**Saarland.
Familie.
Leben.**

Programm zur Landtagswahl am 27. März 2022

ohnehin im Wandel befinden und sich entsprechend vorbereiten müssen. Die ÖDP Saar fordert eine eigene Stabsstelle im Bildungsministerium, die sich mit der IHK um die rasche Umsetzung einer entsprechenden Strategie bemüht.

Lebenslanges Lernen: Beste Weiterbildung für ein starkes Saarland

Die ÖDP Saar ist überzeugt, dass das Lernen nach dem Schul- oder Ausbildungsabschluss lebenslang andauert. Deshalb fordern wir Angebote in der Weiterbildung auch durch Universitäten und Fachhochschulen für Privat- und Berufsleben. Eine hohe Qualifikation durch lebenslange Weiterbildung sichert Wohlstand und hält Arbeitsplätze in unserer Region.

Bildung zu ökologischen Themen: Klimathemen im schulischen Bereich verankern

Die ÖDP Saar will die Klimagerechtigkeit in allen Bereichen des formellen und informellen Bildungswesens verankern. Dazu müssen Entscheidungsträger und Pioniere aus Hochschulen, Schulen und außerschulischen Bildungseinrichtungen in einen engeren Erfahrungsaustausch treten und feste Kooperationsstrukturen etablieren. Bei regelmäßigen Austauschformaten dieser Art müssen Klimaschutzmanager und Vertreter von Zivilgesellschaft und Ministerien einbezogen werden, um das Ziel einer klimasensiblen Bildungslandschaft im Saarland zügig umzusetzen.

Wir fordern eine Stärkung der Lehrkräftefortbildungen im Klimabereich durch Fortbildungen zu Ursachen, Auswirkungen und Anpassungsmöglichkeiten der Klimakrise.

Klimathemen in die Lehrpläne: Ein langfristiger Klimaaktionsplan für die komplette saarländische Bildungslandschaft soll entwickelt, durch einen Expertenrat begleitet und in engen zeitlichen Abständen evaluiert werden.

Im Rahmen von Nachhaltigkeitsprojekten an Schulen wollen wir die Zusammenarbeit mit außerschulischen Partnern weiter intensivieren.

Kompetenzen für klimaschonende Ernährung

In Kantinen, Mensen und Restaurants fordert die ÖDP das Angebot von regelmäßigen Ernährungsschulungen mit finanzieller Unterstützung der Landesregierung. Dadurch sollen die Informationen und das Know-How zu klimaschonenden Ernährungsweisen vermittelt werden. Zudem soll eine öffentliche Unterstützung bei der Umstellung der Beschaffung und des Angebotes erfolgen. Die Fortbildungen beziehen sich bewusst



**Saarland.
Familie.
Leben.**

Programm zur Landtagswahl am 27. März 2022

nicht nur auf angehende Restaurantfachkräfte, Köche und Manager, sondern auf bereits in Betrieben arbeitende Fachkräfte, um möglichst schnell und flächendeckend zu einem veränderten Ernährungsangebot beizutragen.

Analog müssen Kampagnen zu klimaschonender, d.h. fleischarmer, regionaler und saisonaler Ernährung eine entsprechende Sensibilisierung und Nachfrage in der Bevölkerung unterstützen.

Wertschätzung der Integrationshilfen in Schulen

Integrationshilfen in Schulen leisten einen wertvollen Beitrag zur Bildung. Sie gewährleisten die Teilnahme förderbedürftiger Kinder am gemeinschaftlichen Unterricht und ermöglichen damit für alle Kinder Einblicke in das "Anders"-Sein. Aktuell werden die Integrationshilfen über gemeinnützige Vereine angestellt und gewissermaßen an die Schulen ausgeliehen. Die Bezahlung erfolgt über Mindestlohn und die Verträge schließen derzeit die Sommerferien aus. Damit zählen diese Integrationshilfen in unseren staatlichen Schulen zum Prækariat, das heißt ihr Beschäftigungsverhältnis ist äußerst labil. Konkret erhalten sie, anders als die Lehrkräfte an staatlichen Schulen, auch keinen Corona-Bonus. Wertschätzung der Arbeit im Hinblick auf die Bildung und Förderung unserer Kinder sieht anders aus. Die ÖDP setzt sich für wertschätzende Bezahlung und Arbeitsverhältnisse der Integrationshilfen ein.

Universität und Fachhochschulen

Wir setzen uns für ein exzellentes Hochschulwesen in einer forschungstarken Großregion ein.

- Das Saarland muss sich deutlich besser um die Gebäudestruktur der Universität des Saarlandes und seiner anderen Hochschulen kümmern. Die Bauten stellen einen wichtigen Lernort für unsere Nachwuchswissenschaftler dar und befinden sich teils in einem maroden Zustand. Hier muss durch ein Sonderprogramm Abhilfe geschaffen werden.
- Wir bekennen uns zur Wichtigkeit geisteswissenschaftlicher Bildung und sprechen uns für deren Erhalt als Fächer an der Saarländischen Universität aus. Das Land profitiert von einer vielfältigen Bildungslandschaft, was u.a. auch die hohe Nachfrage nach geisteswissenschaftlichen Absolventinnen und Absolventen in der freien Wirtschaft zeigt.
- Wir fordern die Abschaffung der Ziel-Leistungsvereinbarungen und Übertragung der vollen budgetären Verantwortung an die Hochschulen. Dadurch lässt sich der Ausstieg aus der notorischen Unter- und Fehlfinanzierung an saarländischen Hochschulen realisieren. Der finanzielle Zuschuss des Landes soll sich nach der



Saarland.
Familie.
Leben.

Programm zur Landtagswahl am 27. März 2022

Anzahl der Studierenden richten, wodurch eine Verlagerung auf und Stärkung der Lehre entsteht.

- Im akademischen Mittelbau herrschen vermehrt prekäre Beschäftigungen. Um dem entgegenzuwirken, wollen wir verstärkt feste Arbeitsverhältnisse einrichten. Im Gegenzug wollen wir die Anzahl der vollen Professuren verringern und stattdessen feste Dozenturen nach englischem Vorbild der „Lecturers“, „Senior Lecturers“ und „Readers“ einführen.
- Um die Abhängigkeit der Forschung von der Industrie und anderen Drittmittelgebern zu reduzieren, fordern wir eine umfassende finanzielle Aufwertung des Landesforschungsförderprogramms (LFFP) Saar. Vergabe von Forschungsgeldern durch das LFFP für gemeinsame Vorhaben in der Großregion und an der UGR, Exzellenz nur innerhalb der Großregion erreichbar, Vergabe erfolgt durch paritätisch besetzte Kommissionen, die für eine transparente Vergabe der Gelder sorgen und die gesellschaftliche Relevanz der Forschung sicherstellen.
- Die ÖDP Saar fordert den Aufbau eines Exzellenz-Clusters in den Bereichen Klimaschutz, Ökologie und Nachhaltigkeit mit entsprechenden Studienfächern.
- Wir fordern einen zügigen und weitreichenden Ausstieg aus Tierversuchen (siehe Abschnitt Tierschutz).



Saarland.
Familie.
Leben.

Programm zur Landtagswahl am 27. März 2022

Handwerk als tragende Säule des Saarlands

Früher hieß es „Handwerk hat goldenen Boden“. Heute wird den kleinen Handwerksbetrieben die Ausbildung des benötigten Nachwuchses erschwert. Die ÖDP Saar wird dafür sorgen, dass durch Abbau von Bürokratie und weitere Maßnahmen in den Handwerksberufen mehr Handwerker ausgebildet werden können. Mit angemessener Wertschätzung in der schulischen Ausbildung und Fördermaßnahmen zur Weiterbildung können die Berufe im Handwerk wieder attraktiv werden.

Wertschätzung für das Handwerk hat hohe Priorität bei der ÖDP Saar

Nachhaltiges Leben und Unternehmertum wären ohne Handwerksbetriebe kaum möglich. Handwerker engagieren sich als Klimaschützer in der energetischen Gebäudesanierung und bereichern unser Alltagsleben.

Die großen Nachhaltigkeitspotenziale der Handwerksbetriebe werden im Saarland zu wenig zur Kenntnis genommen. Darum setzt sich die ÖDP Saar dafür ein, dass den Handwerksberufen als Stütze und Vorreiter der Mobilitäts- und Energiewende in der saarländischen Gesellschaft eine höhere Wertschätzung entgegengebracht wird.

Gleichwertigkeit der beruflichen Bildung endlich anerkennen

Um das Engagement der Betriebe bei der Ausbildung von Nachwuchskräften deutlich anzuerkennen, fordert die ÖDP Saar die gleichwertige Förderung zur akademischen Ausbildung. Das Aufstiegs-Bafög fordert die ÖDP Saar auch für berufsbegleitende Fortbildungen, die mit einer reduzierten Arbeitszeit verbunden sind. Die Landesregierung fordern wir auf, zusammen mit den Sozialpartnern einen Pakt für überbetriebliche Ausbildungsstätten und berufsbildende Schulen zu entwickeln.

Wir brauchen eine Exzellenzstrategie im Handwerk!

Die Begabtenförderung in der handwerklichen Ausbildung will die ÖDP im Saarland ausbauen. Ziel muss es sein, eine mit den akademischen Stiftungen gleichwertige Förderinfrastruktur zu errichten, um leistungsstarke Fachkräfte im Handwerk zu unterstützen.

Die duale Ausbildung in technischen Berufen, die den Klimaschutz vorantreiben, wird angesichts des hohen Personalbedarfs schwerpunktmäßig gefördert.



Saarland.
Familie.
Leben.

Programm zur Landtagswahl am 27. März 2022

Bürokratieentlastung vorantreiben

Handwerksbetriebe haben zahlreiche Bürokratiepflichten zu erfüllen. Ein durchschnittlicher Betrieb mit fünf bis zehn Beschäftigten kann dies vielfach nicht leisten. Die ÖDP Saar fordert daher einen konsequenten Abbau unnötiger Bürokratie. Vorhandene Entlastungspotenziale müssen von der Landesregierung in Zusammenarbeit mit der Handwerkskammer erkannt und reduziert oder abgeschafft werden. Neue bürokratische Belastungen müssen strikt vermieden werden.



Saarland.
Familie.
Leben.

Programm zur Landtagswahl am 27. März 2022

Arbeitsplätze und Arbeitsrecht

Wir als ÖDP Saar erkennen die Herausforderungen des Strukturwandels, den das Saarland bereits erfahren hat und in der Zukunft erfahren wird. Wir setzen uns ein für gute und sichere Arbeitsplätze für alle Saarländerinnen und Saarländer. Neben den beschriebenen Schwerpunkten für die Handwerksberufe wollen wir uns einsetzen für Änderungen im Arbeitsrecht und Ausgestaltung der Arbeitsplätze, die den Begriff Wertschätzung verdienen. Hierzu gehört für uns, dass sich das Land als Arbeitgeber darum bemüht, seinen qualifizierten Nachwuchs zu binden. Wir setzen uns generell für eine Entfristung der Arbeitsverträge im öffentlichen Dienst ein. Weiterhin ist uns die Gleichberechtigung aller Gruppen sehr wichtig, im ersten Schritt sollte daher eine befristete Quote, insbesondere für Frauen, im öffentlichen Dienst eingeführt werden. Gleichzeitig gibt es auch Berufsfelder, in denen der Staat sich dafür einsetzen muss, Männer zu gewinnen, z. B. in der Elementarbildung.

Zu einer Bindung von jungen Menschen ans Saarland gehört auch eine Garantie auf einen Ausbildungsplatz nach der Schule, hierfür machen wir uns stark. Durch die o.g. Anreize für das Handwerk werden uns deutlich mehr Ausbildungsplätze zur Verfügung stehen, das kommt den jungen Menschen im Saarland zugute. Wo Fachkräfte nicht gefunden werden, soll sich das Land gezielt um die Anwerbung ausländischer Fachkräfte bemühen.

Arbeit ist zudem für alle da, auch für Menschen mit Behinderung. Diese arbeiten oft in Werkstätten für behinderte Menschen. Hier fordern wir ein verstärktes Engagement des Landesamtes für Soziales, das wir durch Aufstockung des Personals dahin befähigen wollen, die Integrations- und Fördermöglichkeiten deutlich zu verbessern. Für viele Betroffene ist die Wartezeit auf Bescheide und die finanzielle Ausgestaltung ihrer Hilfsmaßnahmen noch immer zu wenig passgenau. Hier ist mehr Engagement möglich, um diese Menschen bei der Integration in den Arbeitsmarkt zu ermöglichen. Das Thema der Bezahlung von Werkstattbeschäftigten ist immer wieder ein Diskussionspunkt. Als ÖDP Saar nehmen wir die Belange der Betroffenen sehr ernst, gerade in Zeiten einer anstehenden Mindestloohnerhöhung.

Die teilweise aufgebrachte Forderung nach Mindestlohn für Werkstätten halten wir unter den aktuellen Bedingungen für falsch. Die Beschäftigten erhalten derzeit viele Zusatzleistungen, auch für ihre spätere Rente, die ihnen so verloren gehen würden. Wir fordern stattdessen einen Ausbau der Unterstützungsmaßnahmen für behinderte Menschen und eine Beibehaltung der Rentenzahlungen, die bislang bereits erfolgen, um



Saarland.
Familie.
Leben.

Programm zur Landtagswahl am 27. März 2022

die Betroffenen vor Altersarmut zu schützen. Die Forderung der Betroffenenvertreter hinsichtlich eines sog. Basisgeldes ist eine mögliche Alternative dazu.



Saarland.
Familie.
Leben.

Programm zur Landtagswahl am 27. März 2022

Wirtschaft und Soziales braucht Ökologie

Ökologie - bezahlbar für alle!

Donut-Ökonomie für mehr Wohlbefinden und Gleichgewicht

Unser Wirtschaftssystem basiert auf dem ständigen Streben nach wirtschaftlichem Wachstum. Die ÖDP Saar setzt sich dafür ein, dass die Politik sich abwendet vom Paradigma des Wachstums und sich für ein Leitbild des Gleichgewichts einsetzt. Konkret für das Saarland fordern wir, dass nicht das blinde Wachstum, sondern das Erreichen eines Gleichgewichts von ökologischen, wirtschaftlichen, ethischen und sozialen Aspekten im Vordergrund steht. Einige Städte, Gemeinden und Regionen praktizieren diese Ausrichtung bereits, wie z.B. Amsterdam. Dort wurde die Donut-Ökonomie zur Grundlage eines Ausgleichs aller Faktoren des Wohlbefindens und des ökologischen Gleichgewichts gemacht.

- Der Grundsatz des Modells ist der Donut als Metapher. Das leere Loch in der Mitte des Donuts steht dabei für die Gesellschaft und die Bedürfnisse nach Nahrung, Wasser, Obdach, politischer Mitbestimmung und anderer Faktoren.
- Der äußere Kreis des Donuts versinnbildlicht die ökologischen Grenzen des Planeten und in unserem konkreten Fall des Saarlands.
- Während diese Grenzen nicht überschritten werden dürfen, müssen aber gleichzeitig die gesellschaftlichen und natürlichen Bedürfnisse innerhalb des Donuts erfüllt werden.

Die ÖDP Saar will weg vom aktuellen Wirtschaftssystem, des Wachstums und des Materialismus. Wir wollen hin zu einer gerechteren Umverteilung von Ressourcen, die die Schere zwischen arm und reich verringern soll. Das Saarland soll daher Modellregion werden, in der die Prinzipien des Donut-Modells folgendermaßen angewandt werden:

- Jede Bürgerin und jeder Bürger des Saarlandes, der am Donut-Modell teilnehmen will erhält einen Steuererlass von 15.000 Euro im Jahr. Personen, die nicht so viel Steuern bezahlen, können ebenfalls teilnehmen, weil sie von dem Donut-Ausgleichsmodell finanziell profitieren können.
- Das Saarland bestimmt den Katalog der Kriterien, die zum ökologischen Fußabdruck einer und eines jeden beitragen.
- Personen, die am Modellversuch teilnehmen, geben ihre Aktivitäten gemäß dem saarländischen Donut-Katalog monatlich ein. Es wird ein Profil erstellt, das



Saarland.
Familie.
Leben.

Programm zur Landtagswahl am 27. März 2022

entsprechend dem Verbrauch an Ressourcen (z.B. durch viele Reisen oder durch den Konsum von Fleisch) einen Punktekatalog zuordnet.

- Wer im inneren Ring des Donut-Modells liegt bekommt weder eine Entlastung, noch eine Belastung. Diese Gruppe profitiert von der Entlastung von 15.000 Euro.
- Wer außerhalb des Ringes liegt, muss entsprechend dem Punktekatalog einzahlen. Konkret wird dies auf die Steuerbelastung angerechnet.
- Wer im inneren des Ringes liegt verbraucht nachweislich weniger Ressourcen und wird entlastet. Da Personen aus diesem Kreis oftmals in prekären Situationen leben, werden die Zuwendungen finanziell geleistet und zwar auf monatlicher Basis.
- Konkret müssen Personen, die mehr Ressourcen gemäß dem Donut-Katalog verbrauchen, finanziell belastet werden. Personen, die weniger Ressourcen verbrauchen, werden finanziell entlastet und bekommen eine Zahlung für den Verzicht. Das ökologische Gleichgewicht kann so für die Gesamtheit des Saarlandes eingehalten werden und es entsteht ein direkter Ausgleich über konkrete Finanzströme, die über eine Sonderabteilung im Finanzministerium des Saarlandes gesteuert werden.

Das saarländische Donut-Modell ermöglicht es allen Teilnehmern, Ökologie und Ethik bezahlbar zu machen und einen direkten Ausgleich zu schaffen, der soziale Gerechtigkeit schafft. Der Test soll im Rahmen der anstehenden Legislaturperiode freiwillig sein und danach in eine obligatorische Anwendung übergehen.

Darüber hinaus werden folgende Maßnahmen entwickelt, die den ökologischen Umbau der Gesellschaft bezahlbar für alle macht:

- Das Saarland führt das ÖPNV-Ticket für alle ein. Für den symbolischen Preis von einem Euro pro Tag kann jede und jeder ein Jahresticket für 365 Euro erwerben, das im gesamten Saarland gültig ist.
- Die Pendlerpauschale wird durch die konkrete Entlastung von biologischen und ökologischen Kraftstoffen ersetzt. Wer fahren muss, sollte auf den dann billigeren und nachhaltigen Kraftstoff setzen.
- Jegliche Investition in den ökologisch sinnvollen Umbau des Eigenheimes wird steuertechnisch unmittelbar angerechnet. Hierfür wird eine konkrete Liste einer Entlastung pro Kilowattstunde erstellt, die vom saarländischen Finanzministerium erarbeitet und konsequent umgesetzt wird.



Saarland.
Familie.
Leben.

Programm zur Landtagswahl am 27. März 2022

Ehrenplatz für das Ehrenamt in der Gemeinwohlökonomie

Eigentum verpflichtet

„Eigentum verpflichtet.“ Doch leider ist es viel zu oft so, dass Eigentum vernichtet – und zwar unsere aller Lebensgrundlagen. Dabei ist zum Eigentum bereits in Artikel 14 des Deutschen Grundgesetzes verankert: „Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohl der Allgemeinheit dienen.“ Die ÖDP Saar fordert, dass dem Gemeinwohl auch in unserer Verfassung der Rang beigemessen wird, der ihm zusteht, so wie es auch in Bayerns Verfassung postuliert wird: „Die gesamte wirtschaftliche Tätigkeit dient dem Gemeinwohl.“ Das Gemeinwohl sollte demnach verbindlich für alle Unternehmungen sein. Derzeit orientiert sich das wirtschaftliche Handeln am Wachstum des Bruttosozialprodukts. Das ist auf Dauer unmöglich, da steigendes Wachstum zu stetig steigendem Ressourcenverbrauch führt.

In der Gemeinwohlökonomie wird das Gemeinwohl anhand der Gemeinwohlbilanz gemessen. Werte wie Menschenwürde, Gerechtigkeit und Solidarität, demokratische Mitbestimmung, ökologische und soziale Auswirkungen bei der Produktion stehen hier im Zentrum. Dies kann anhand eines Punktesystems bemessen werden. Ein zentraler Baustein der Gemeinwohlökonomie ist das Ehrenamt.

Gemeinwohl braucht Ehrenamt – Ehrenamt braucht soziale Leistungen für Nicht-Erwerbstätige

Alle Menschen im Saarland haben ein Recht auf eine Arbeit, die sozial und ökologisch verantwortbar und sinnvoll ist, aber auch eine Pflicht, den ihnen möglichen Teil zum Gemeinwohl beizutragen. Durch eine möglichst gute Bildung sollen alle Menschen in die Lage versetzt werden, eine Arbeit zu finden. Nicht-Erwerbstätige, die ihren eigenen Lebensunterhalt nicht selbst bestreiten können, haben einen Anspruch auf soziale Leistungen. Am Sozialstaatsgebot des Artikels 20 des Grundgesetzes und des Artikels 60 der saarländischen Landesverfassung darf nicht gerüttelt werden. Dort heißt es: „Das Saarland ist eine freiheitliche Demokratie und ein sozialer Rechtsstaat in der Bundesrepublik Deutschland.“

Die gewährten sozialen Leistungen müssen die Existenz sichern und Ansporn sein für zusätzliches Engagement im beruflichen, familiären, sozialen und ehrenamtlichen Bereich. Die ÖDP Saar fordert eine entsprechende soziale Absicherung auch für das ehrenamtliche Engagement.



Saarland.
Familie.
Leben.

Programm zur Landtagswahl am 27. März 2022

Gesundheit und Pflege halten das Saarland zusammen

Gesundheit ist ein Grundrecht

Gesundheitsfürsorge ist ein Recht der Bürgerinnen und Bürger und keine Ware. Dieses Prinzip will die ÖDP Saar erhalten. Wir wenden uns gegen eine Vermarktung der Gesundheit und der Gesundheitsversorgung durch Gesundheitskonzerne. Die freiberuflich tätigen Ärzte und Apotheker müssen Vertrauenspersonen des Patienten bleiben und auch im ländlichen Bereich gut erreichbar sein. Die möglichst wohnortnahe Krankenhausversorgung ist vorzugsweise in der Hand kommunaler Träger sicherzustellen. Die flächendeckende medizinische Versorgung gesetzlich Versicherter und eine angemessene Bezahlung dafür sind uns ein Grundanliegen. Ärztliche Beratung (sprechende Medizin) muss wesentlich besser honoriert werden.

Wir wollen ein sozial ausgewogenes, die Eigenverantwortung stärkendes Finanzierungssystem in der Gesundheitsversorgung. Wir fordern eine Strukturierung der Krankenkassen nach einheitlichen Kriterien, mit dem Ziel, das komplizierte und unwirtschaftliche System der Ausgleichszahlungen überflüssig zu machen. Jede Bürgerin und jeder Bürger sollen Mitglied einer Pflichtversicherung sein. Die bisherige Beitragsbemessungsgrenze soll entfallen, was zusammen mit der Berücksichtigung aller Einkommensarten zu einer erheblichen Senkung des Beitragssatzes führt.

Die unabhängige Forschung im Gesundheitsbereich soll erweitert werden hinsichtlich der wissenschaftlichen Untersuchung von gesundheitsschädlichen Auswirkungen (z. B. bei krebserregenden Substanzen). Gesundheitsschädliche Substanzen (z. B. Tabak, Alkohol) sollen steuerlich entsprechend belastet und nicht öffentlich beworben werden. Wir brauchen einen einheitlichen Nichtraucherschutz in allen Bundesländern.

Pflegeberufe stärken

Pflegende leisten Tag für Tag Außerordentliches - egal, ob als Angehörige oder professionell ausgebildete Kräfte im Heim, in der Klinik oder im ambulanten Sektor. Sie verrichten körperlich und emotional anstrengende Tätigkeiten, die viel Wissen und Empathie verlangen. Die Bedingungen dieser Arbeit sollen im Saarland in einer Weise verbessert werden, die der Leistung der Pflegenden endlich gerecht wird. Wir fordern einen saarländischen „Pakt für die Pflege“, der den Pflegeberufen ähnliche Privilegien einräumt, wie den Beamten im Saarland, ohne den Beruf jedoch förmlich zu verbeamten. Jede Pflegekraft soll im Saarland Anspruch auf eine angemessene Bezahlung haben, die sich an den Lohntabellen der fest Bediensteten im Saarland



Saarland.
Familie.
Leben.

Programm zur Landtagswahl am 27. März 2022

orientiert. Auch die Beiträge für die Renten- und Krankenversicherung werden entsprechend angepasst.

Auf den Stationen der Kliniken herrscht oft genug Ausnahmezustand, das belastet Pflegende wie Patienten gleichermaßen. Es muss daher nicht nur die Mindest-, sondern vor allem auch die Sollbesetzung auf Station erhöht werden. Nur so kann vermieden werden, dass ständig Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aus ihrer Freizeit an den Arbeitsplatz gerufen werden. Dies führt derzeit zu erheblichem Stress für Betroffene und deren Familien.

Psychische Gesundheit

Wir als ÖDP Saar sehen die psychische Gesundheit als ein sehr wichtiges und schützenswertes Gut an. Daher sehen wir mit Sorge, dass das Saarland noch immer die bundesweit höchste Quote psychischer Erkrankungen in der Bevölkerung ausweist. Dies ergeben immer wieder die Studien der Krankenkassen. Hierzulande sind so viele Menschen wegen Depressionen usw. krankgeschrieben wie nirgends sonst.

Gleichzeitig warten viele Saarländerinnen und Saarländer noch immer Monate und teils Jahre auf einen Therapieplatz, gerade Kinder- und Jugendliche. Das ist für die Betroffenen und deren Familien nicht hinnehmbar. Das Saarland soll sich daher auf Bundesebene für eine längst überfällige Überarbeitung der Bedarfsplanung für Psychotherapieplätze einsetzen, um mehr Behandlungsmöglichkeiten zu schaffen.

Weiterhin setzen wir uns für die Schaffung eines Modellprojektes für das Saarland ein: Jeder, der stationär in Behandlung war, egal ob Reha, Psychiatrie, Psychosomatik, und nicht innerhalb von 4 Wochen einen regulären Therapieplatz findet, erhält einen Blanko-Schein für eine Kostenerstattung, d. h. der Patient kann auch zu einer Privatpraxis gehen, wenn die Wartezeit zu lang ist. Derzeit gibt bereits ein Kostenerstattungsverfahren, de facto werden aber die allermeisten Anträge abgelehnt und es gelten hohe Hürden.

Durch die hohen Kosten, die psychische Erkrankungen auch wirtschaftlich verursachen, wird sich der finanzielle Mehraufwand schnell amortisieren. Weiterhin werden wiederholte Klinikaufenthalte, sog. Drehtüreffekte, vermieden, was wiederum das Gesundheitssystem entlastet. Zuletzt sollte im Bereich der Kassenärztlichen Vereinigung des Saarlandes der Rahmen für Sonderzulassungen von Therapeutinnen und Therapeuten erweitert werden, die eine Versorgung besonderer Patientengruppen ermöglichen, die oft keine Therapieplätze finden, z.B. Menschen mit Behinderung, Schizophrenie oder Suchterkrankung.



Saarland.
Familie.
Leben.

Programm zur Landtagswahl am 27. März 2022

Pflegegehalt auch für innerfamiliäre Tätigkeiten

Ebenso wie die Erziehungstätigkeiten sind auch die Pfl egetätigkeiten insbesondere im Familienbereich als Leistungen für das Allgemeinwohl anzuerkennen. Häusliche Pflegearbeit vermeidet eine teure und oft unerwünschte stationäre Unterbringung. Diese Tätigkeiten sind daher wie herkömmliche Erwerbsarbeit zu behandeln.

Ähnlich dem steuer- und sozialversicherungspflichtigen Erziehungsgehalt fordert die ÖDP ein Pflegegehalt für diejenigen, die Angehörige zu Hause betreuen. Die Gewährung von Pflegegehalt ist abhängig zu machen vom Ausmaß der Pflegebedürftigkeit und vom Pflegeaufwand, nicht aber von der Art der Betreuung (häusliche Betreuung/Heimunterbringung). Die menschliche Belastung der Pflegenden muss stärker berücksichtigt werden. Zuwendung und Pflege kosten Zeit.

Für uns als ÖDP Saar gilt: Kindeswohl und Elternrecht, Erziehungsarbeit und Pflegearbeit bedürfen besonderer Sorgfalt. Sie sollen nicht sachfremden Interessen, auch nicht denen der Wirtschaft, untergeordnet werden. Die Wächterfunktion des Staates muss gewährleistet sein, um Missbrauch vorzubeugen.



Saarland.
Familie.
Leben.

Programm zur Landtagswahl am 27. März 2022

Saarländische Klimapolitik

Im Saarland gibt es zahlreiche Initiativen und ein breites Engagement zu Klimaschutz und Klimagerechtigkeit. Es ist wichtig, dass viele Menschen mitmachen, ihren Lebensstil anpassen, um den Klimawandel abzumildern. Dahinter steht die Überzeugung, dass es eine breite öffentliche Akzeptanz braucht, um notwendige und tiefgreifende politische und gesellschaftliche Umwälzungen umzusetzen. Ohne den Menschen Zusammenhänge zu erläutern, Handlungsoptionen anzubieten und Chancen aufzuzeigen, könnten die anstehenden Transformationen sonst zu einem demokratiegefährdenden Unterfangen werden.

Langfristiger Klimaaktionsplan und die Etablierung eines Beratungsgremiums

Im Rahmen eines langfristigen, parteiübergreifenden landesweiten Klimaaktionsplans, soll sichergestellt werden, dass der Klimaschutz nicht nach einer Legislaturperiode beendet werden kann, sondern als nachhaltige generationenübergreifende Aufgabe weiterverfolgt wird.

Hierzu sollen sich politische Entscheidungsträgerinnen und -träger durch ein gesellschaftlich breit aufgestelltes Gremium von Expertinnen und Experten in regelmäßigen Abständen (3-4 Mal pro Jahr) ausführlich beraten lassen.

Austausch und Kooperation von Akteuren der formellen und der informellen Bildung

Um Klimaschutz und Klimagerechtigkeit im Rahmen einer Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE) nicht nur in Schulen, sondern auf allen Ebenen des formellen und informellen Bildungswesens zu verankern, müssen Entscheidungsträgerinnen und Entscheidungsträger sowie Pioniere aus Hochschulen, Schulen und außerschulischen Bildungseinrichtungen in einen engeren Erfahrungsaustausch treten und feste Kooperationsstrukturen etablieren. Regelmäßige Austauschforen – auch unter Einbeziehung von Klimaschutzmanagerinnen und -manager, Zivilgesellschaft und Ministerien – werden zu schnelleren Fortschritten in der Verankerung der klimabezogenen Bildung führen.



Saarland.
Familie.
Leben.

Programm zur Landtagswahl am 27. März 2022

Chefsache Klimapolitik

Klimapolitik muss zur Chefsache erklärt und der klare politische Wille geäußert und gezeigt werden, dass Klimaschutz und Klimagerechtigkeit als Querschnittsaufgaben der Landespolitik zu betrachten sind. Dies käme zum Beispiel dadurch zum Ausdruck, dass Klimaschutz – neben Nachhaltigkeit – als Staatsziel in der Landesverfassung verankert wird und sich der Landeshaushalt an Klimaschutzwirkungen orientiert.

Ressortübergreifende Zusammenarbeit

Die ressortübergreifende Zusammenarbeit sowie die Zusammenarbeit zwischen unterschiedlichen politischen Ebenen (Kommunen, Landkreise, Land) müssen intensiviert werden. Diese Zusammenarbeit muss sich an Sachzusammenhängen orientieren. Alle politischen Ebenen müssen die Verantwortung annehmen und „an einem Strang ziehen“. Verwaltungsprozesse müssen vereinfacht, beschleunigt und effizienter verschränkt werden.

Konkrete Ziele & Maßnahmen

In den einzelnen Handlungsfeldern müssen konkrete Ziele definiert und mit einem Zeitplan versehen, Indikatoren und daraus abgeleitete Maßnahmen erstellt werden (z.B. beim Flächenverbrauch oder den Verteilungswirkungen einzelner Maßnahmen). Um Ziele sinnvoll zu definieren, ist zunächst eine verlässliche Bestandsaufnahme auf der Basis von Datenerhebungen erforderlich, passende Monitoring-Systeme zur Überprüfung von Fortschritten müssen in allen Bereichen etabliert werden.

Klimaschutzanstrengungen als Modernisierungspotential

Innovative und klimaschonende Nachhaltigkeitsideen aus Wirtschaft und Gesellschaft müssen ebenso gefördert werden wie Forschung und Entwicklung in klimaschonende Technologien und Innovationen. Klimaschutzanstrengungen bieten ein Modernisierungspotential, das für den Strukturwandel der saarländischen Wirtschaft genutzt werden muss, um langfristige und gute Arbeitsplätze zu schaffen und das Saarland in seiner Unabhängigkeit zu stärken. Technologische und soziale Innovation gehen Hand in Hand.



Saarland.
Familie.
Leben.

Programm zur Landtagswahl am 27. März 2022

Vermeidung von Emissionen durch verschiedene Ansätze

Bei allen Maßnahmen müssen gleichzeitig verschiedene Ansätze verfolgt werden, die eine Vermeidung von Emissionen bewirken. Sei es durch Effizienzsteigerung, durch Umstieg auf erneuerbare Energieträger und neue Materialien oder durch veränderte Lebensstile (Effizienz, Effektivität, Suffizienz).

Klimaschutz und Soziale Fragen

Soziale Fragen müssen bei allen klimarelevanten Entscheidungen berücksichtigt werden. Klimaschutzmaßnahmen verursachen Kosten und bieten Chancen, die gerecht verteilt werden müssen, so dass eine Verschärfung sozialer Schieflagen verhindert wird. Das Konzept der „Klimagerechtigkeit“ muss sowohl bezogen auf die Bevölkerung hierzulande als auch mit Blick auf die Länder des globalen Südens Anwendung finden.

Verursacherprinzip und ungleich verteilte Handlungsoptionen

Bei der gesellschaftlichen Lastenverteilung muss das Verursacherprinzip gelten, aber auch ungleich verteilte Handlungsoptionen müssen berücksichtigt werden. Da Korrelationen bestehen zwischen Einkommen und Energieverbrauch, gehören finanziell Bessergestellte häufig zu den Hauptverursachern des Klimawandels. Zudem sind die Möglichkeiten zur Verhaltensänderung sehr ungleich verteilt (Stadt/Land, arm/reich, Mieterin und Mieter/Vermieterin und Vermieter). Um tatsächliche Verhaltensänderungen bei allen Gruppen zu bewirken – und um zu verhindern, dass v.a. ärmere Gruppen gesellschaftlicher Teilhabemöglichkeiten beraubt oder relativ stärker belastet werden –, müssen die Lenkungswirkung von Preismechanismen untersucht sowie Kriterien einer fairen Lastenverteilung strukturell verankert werden. Gegebenenfalls muss ein Ausgleich erfolgen.

Maßnahmenbezogene Überlegungen

Auf Landesebene können verschiedene Instrumente für mehr Klimaschutz eingesetzt werden. Hierzu gehören Gesetzesinitiativen und Verordnungen, die Lenkungswirkung durch Steuern und Subventionen, Maßnahmen der Informations- und Bildungsarbeit sowie der gesellschaftlichen Teilhabe, aber vor allem die Schaffung von Handlungsoptionen durch die Bereitstellung von Infrastruktur und die Förderung von konkreten Angeboten.

Legislative Maßnahmen

Die ÖDP fordert:

ÖDP Saar – Mainzer Str. 110, 66121 Saarbrücken – E-Mail: info@oedp-saar.de – Tel.: 01575-3701735

www.oedp-saar.de



Saarland.
Familie.
Leben.

Programm zur Landtagswahl am 27. März 2022

- Ein saarländisches Klimaschutzgesetz
- Ein Beschleunigungsgesetz zum Ausbau Regenerativer Energien
- Die Verpflichtung zu Photovoltaik auf Neudächern und Dachsanierungen
- Ein Mobilitätsgesetz
- Eine Sozialverträglichkeitsprüfung
- Eine Flächenverträglichkeitsprüfung

Fiskalische Maßnahmen

Wir fordern:

- Eine CO₂-Steuer mit Lenkungswirkung
- Die Verlagerung von Subventionen (kostenloser ÖPNV)

Maßnahmen zur Information, Bildung und Beteiligung

Folgende Maßnahmen sind notwendig:

- Vernetzung und systemisches Denken
- Expertengremien
- Bürgerbeteiligung (Bürgerräte, Bürgerforen)
- Bürgerbegehren/ Volksbegehren
- Bildungsarbeit und Qualifizierungsanstrengungen
- Öffentlichkeitsarbeit

Handlungsoptionen schaffen

Die ÖDP fordert:

- Strukturen zur Reduktion von Emissionen stärken (z.B. Home Office, Sharing-Modelle, mobile Versorgungseinrichtungen, regionale Wirtschaftskreisläufe, Ansiedlung nachhaltig wirtschaftender Branchen),
- Infrastrukturmaßnahmen (z.B. ÖPNV-Ausbau, Bahnanbindung, Radwegenetz, bezahlbarer Wohnraum, elektrische Speicher, Wasserstoff-Infrastruktur)
- Partizipation sicherstellen
- Klimaanpassungsmaßnahmen unter Berücksichtigung besonders Betroffener



Saarland.
Familie.
Leben.

Programm zur Landtagswahl am 27. März 2022

Ökologische Energiewende

Saarländische Forderungen an eine zukünftige Energiepolitik

Der Klimawandel – oder besser die Klimakrise – wird immer deutlicher, auch in unseren Regionen, sichtbar. Das Saarland muss daher dringend seinen Beitrag leisten und die Erneuerbaren Energien forciert ausbauen, um Treibhausgasneutralität bis 2035 zu erreichen. In diesem Umbau der Energiewirtschaft, der Mobilität und der Industrie in Kombination mit dem Aufbau einer Wasserstoffinfrastruktur liegen große wirtschaftliche Chancen, auch für das Saarland. Viele Wirtschaftszweige und Industriefirmen haben dies mittlerweile erkannt und fordern von der Politik entsprechende Rahmenbedingungen, um den Umbau zügig voranzubringen. Auch das Saarland sollte diese enormen Chancen, neben der zwingenden Notwendigkeit für den Klimaschutz, endlich erkennen und entschlossen handeln.

Im Saarland wurde bis zum Jahr 2020 ein Anteil der Erneuerbaren Energien am Gesamtstromverbrauch von lediglich etwa 19 Prozent erreicht. Dies ist noch nicht einmal die Hälfte dessen, was bundesweit erzielt wurde (circa 45 Prozent). Um die auch im Saarland dringend erforderliche Reduzierung des Treibhausgasausstoßes auf Null bis 2035 zu erreichen, sind bei uns erheblich verstärkte Anstrengungen erforderlich.

Derzeit beträgt der Stromverbrauch im Saarland etwa 8 TWh (8 Milliarden Kilowattstunden). Bis 2035 kann es gelingen, durch **Energieeinsparungen** den Verbrauch um etwa 25 Prozent zu reduzieren. Gleichzeitig steigt aber der Stromverbrauch durch Elektromobilität und Wärmepumpen im Gebäudesektor deutlich an, so dass im Jahre 2035 mit mindestens 9 TWh Stromverbrauch zu rechnen ist (gleichzeitig werden dadurch aber große Mengen an Heizöl, Benzin und Diesel eingespart). Dieser Stromverbrauch muss bis dahin mit Erneuerbaren Energien (EE), insbesondere der Windenergie und der Photovoltaik und mit kleineren Beiträgen von Biomasse (Biogasanlagen) und Wasserkraft gedeckt werden.

Ausbau von Windenergie und Photovoltaik

Zur Deckung dieses Stromverbrauchs mit EE ist ein Ausbau der Windenergie auf etwa 2.500 Megawatt (MW), derzeit etwa 400 MW, und der Photovoltaik auf ca. 2.800 MW, derzeit etwa 400 MW, notwendig. Dies bedeutet, dass pro Jahr etwa 150 MW an Windenergieanlagen (2017 wurden im Saarland 110 MW ausgebaut) und etwa 170 MW Photovoltaikanlagen (Dach- und Freiflächenanlagen) errichtet werden müssen. Durch eine entsprechende Windenergienutzung wird der land- bzw. forstwirtschaftlichen



Saarland.
Familie.
Leben.

Programm zur Landtagswahl am 27. März 2022

Nutzung lediglich eine Fläche von etwa 200 Hektar (circa 0,1 Prozent der Gesamtfläche) entzogen. Durch die entsprechend erforderlichen Photovoltaik - Freiflächenanlagen wird eine Fläche von etwa 2.000 Hektar in Anspruch genommen, was etwa 1,5 Prozent der landwirtschaftlichen Fläche entspricht, wobei durch senkrecht stehende Photovoltaikmodule der größte Teil der betreffenden landwirtschaftlichen Fläche weiterhin genutzt werden kann. Die ÖDP priorisiert den Ausbau der EE im Saarland durch Photovoltaik als Gebäudeanlagen (Dach- oder Fassadenflächen) zur dezentralen Versorgung und Schonung der Landschaftsressource.

Innerhalb der nächsten Legislaturperiode sind mindestens 50% der öffentlichen Gebäudeflächen der Photovoltaiknutzung zuzuführen. Denkmalschutzregeln sind in diesem Sinne zu überprüfen und anzupassen. Dabei sind neue technologische Entwicklungen (z. B. Photovoltaikziegel) zu berücksichtigen.

Wir befürworten den Neubau von Windenergieanlagen. Wir dürfen uns aber nicht allein darauf konzentrieren, sondern müssen auch dem Repowering bestehender Windräder eine hohe Priorität einräumen. Um dem Natur- und Artenschutz gerecht zu werden, müssen FFH- und Naturschutzgebiete verschont bleiben und als Ausgleichsmaßnahme zusammenhängende Biotopverbunde hergestellt werden. Zur weiteren Reduktion von Vogel- und Fledermausschlag fordern wir die Einrichtung von kameragestützten Abschaltssystemen und anderen technischen Innovationen.

In landschaftlich bereits beeinträchtigten Zonen wie z. B. Bereichen entlang von Autobahnen wollen wir gezielt weitere Flächen für die Windkraft erschließen.

Genehmigungsverfahren vereinfachen und beschleunigen - Abwägung zwischen Klimaschutz und Artenschutz

Um diese Ausbauziele der Masseträger der Erneuerbaren Energien (Wind und Solarenergie) zu erreichen, ist es erforderlich, eine ganze Reihe von Maßnahmen durch die Landesregierung umzusetzen. Hierzu gehört vor allem der **Abbau massiver Hürden**, die in den vergangenen Jahren, insbesondere seit 2017, einem zügigen Ausbau entgegenstanden. Vor allem im Bereich Windenergie, aber auch der Photovoltaik, ist es nötig, die **Genehmigungsverfahren zu vereinfachen und zu beschleunigen** und zu einer **ausgewogenen Abwägung zwischen den Interessen des Klimaschutzes und den Anliegen des Artenschutzes** zu kommen. Hierbei ist unbedingt die enorme Bedeutung der Windenergie und der Photovoltaik für den Klimaschutz zu würdigen und zu bedenken, dass alle Arten, nicht nur die menschliche Art, unter der Klimakrise leiden und bei ungebremstem Klimawandel bis hin zur Klimakatastrophe allen und



Saarland.
Familie.
Leben.

Programm zur Landtagswahl am 27. März 2022

insbesondere den zukünftigen Generationen die Lebensgrundlagen entzogen werden. Insofern ist Klimaschutz auch Artenschutz.

Wir fordern daher:

- Eine öffentliche Begründung von Genehmigungsverweigerung
- Ein halbjährliches öffentliches Monitoring des Soll/Ist-Ausbaus für Wind- und Solaranlagen
- Windenergie auch im Saarforst – Aufhebung der entsprechenden Verordnung
- Photovoltaik-Freiflächenanlagen grundsätzlich auf EEG-privilegierten Flächen (z.B. entlang von Autobahnen) zulassen, was bisher im Saarland oftmals nicht der Fall ist.

Flankierende Maßnahmen zur Sicherstellung der Energieversorgung

Um die Energieversorgung in allen Sektoren (Stromversorgung, Mobilität, Gebäude, Industrie) sicher zu stellen, müssen **Kurzzeit- und Langzeitspeicher** aufgebaut und mit der Energieerzeugung aus EE gekoppelt werden. Als Kurzzeitspeicher können Batteriespeicher in Gebäuden eingesetzt werden, mit denen etwa die Photovoltaik-Stromerzeugung für die Nacht gespeichert werden kann.

Als Langzeitspeicher wird Wasserstoff eine wesentliche Rolle in einer zukünftigen Wasserstoffwirtschaft spielen. Hierzu ist eine **Wasserstoffinfrastruktur** aufzubauen, in der grüner Wasserstoff in Elektrolyseanlagen mittels Wind- und Solarenergie erzeugt wird. Der Wasserstoff kann gut gespeichert und dann vielseitig verwendet werden. Erstens, um in Zeiten geringer Wind- und Solarenergieerzeugung mit Hilfe von Wasserstoff-Gasturbinen Strom zu erzeugen, um somit jederzeit die Stromversorgung sicher zu stellen. Zweitens, um z.B. Brennstoffzellen in Haushalten oder Gewerbebetrieben zur Strom- und Wärmeerzeugung zu betreiben. Und drittens, um durch Direktreduktion in der Stahlindustrie aus Eisenerz Eisen und Stahl ohne Kohlendioxidemissionen zu erzeugen.

Um die größeren Mengen Wasserstoff bereit zu stellen, die in der Stahlindustrie benötigt werden, ist auch der Aufbau von Wasserstoff-Importstrukturen erforderlich.

Das Saarland sollte dazu beitragen, Rahmenbedingungen zu schaffen, um:

- die Errichtung von Batteriespeichern in Gewerbebetrieben und Haushalten zu fördern
- den Aufbau einer Wasserstoffinfrastruktur im Saarland zu flankieren
- die Errichtung von Elektrolyseuren zur Wasserstoffherzeugung aus Wind- und Solarenergie zu fördern

ÖDP Saar – Mainzer Str. 110, 66121 Saarbrücken – E-Mail: info@oedp-saar.de – Tel.: 01575-3701735

www.oedp-saar.de



Saarland.
Familie.
Leben.

Programm zur Landtagswahl am 27. März 2022

- die Errichtung von Wasserstofftankstellen für Schwerlastverkehr voranzubringen
- die Umstellung der Stahlindustrie auf Wasserstoff-Direktreduktion zu fördern
- den Aufbau von Wasserstoff-Importstrukturen zu fördern
- die Energieversorgung für die Fernwärme im Saarland aus 100 Prozent EE bis 2035 zu unterstützen

„Solarregion Saar“

Die ÖDP Saar fordert die Einrichtung einer Modellregion „Solarregion Saar“ durch folgende Maßnahmen:

- Verpflichtende Solaranlagen im Saarland auf allen neuen und auf dem Dach renovierten Gebäuden.
- Die Dach-Architektur der neuen Gebäude hat sich im Saarland der optimalen Nutzung für Photovoltaik (PV) oder Solarthermie anzupassen.
- Auf älteren Gebäuden bis zu 20 Jahren haben die Besitzer fünf Jahre Zeit, um sich diesem Schritt anzuschließen, es sei denn bedeutende Gründe sprechen dagegen.
- In Fällen, wo sich Gebäude (z.B. Altbauten) nicht für eine Solar-Installation eignen, sollen Beteiligungen an Solarparks gefördert werden.
- Die Landesregierung entwickelt gemeinsam mit Städten und Gemeinden des Saarlandes einen Plan zur Freiflächenüberdachung von versiegelten Flächen inklusive industrieller Brachen zur Nutzung für Solarenergie, z.B. Parkplätze.
- Die Stadtwerke entwickeln gemeinsam mit der Landesregierung geeignete Mechanismen, um überschüssigen Solarstrom abzunehmen, zu speichern und dem Kunden in geeigneter Form zurückzuliefern (z.B. als Strom, als Wasserstoff oder als finanzielle Kompensation etwa durch eine Amortisierung nach 5-10 Jahren über einen Ausgleichsprogramm der SIKB).
- Maßnahmen zur Förderung der „Modellregion Saar-Solar“ werden aus den Bestimmungen zur Schuldenbremse herausgenommen.
- Einrichtung von Solarparks auf ehemaligen Industriebrachen, insbesondere im Bereich der Berghalden.
- Die Solarparks sollten offen sein für bürgerschaftliche Beteiligungen etwa durch „Bürger-Energiegenossenschaften“.
- Die Landesregierung erstellt eine öffentlich zugängliche Liste mit zertifizierten Unternehmen zur Ausführung der entsprechenden Installation von PV oder Solarthermie.



Saarland.
Familie.
Leben.

Programm zur Landtagswahl am 27. März 2022

- Die Landesregierung leitet Maßnahmen zum Recycling oder zur nachhaltigen Entsorgung der Solar-Module ein unter besonderer Berücksichtigung der Förderung und des Schutzes einer einheimischen Produktion.



Saarland.
Familie.
Leben.

Programm zur Landtagswahl am 27. März 2022

Mobilität geht auch ökologisch

Landesmobilitätsgesetz

Die Mobilitätsplanung hat keinen zusammenhängenden, rechtlichen Rahmen. Wir wollen ein **Landesmobilitätsgesetz**, in dem der Umgang mit allen Mobilitätsformen geregelt ist. Das Saarland soll sich auch für ein vergleichbares **Bundesmobilitätsgesetz** einsetzen.

Zielsetzungen in der Mobilitätspolitik müssen sein:

- Hochwertige Mobilität für alle
- Klima- und Umweltfreundlichkeit
- Sichere und alltagstaugliche Wege für die „schwächeren“ Verkehrsteilnehmer – vor allem für Fußgänger und Radfahrer
- Barrierefreiheit
- Reduktion des Autoverkehrs insbesondere, aber nicht nur in (Innen-)Städten
- Gute Anbindung an die öffentlichen Verkehrsmittel und deren attraktive Ausgestaltung (Preis & Qualität)
- Minimierung von Lärm und Schadstoffbelastung
- Reduktion der Fahrbahnbelastung

Die ÖDP will in diesem Zusammenhang das Homeoffice fördern. So sollen Möglichkeiten für Homeoffice in der Landesverwaltung erschlossen werden.

Attraktive & günstige Alternativen zum Auto

Wir wollen mehr Menschen dazu bewegen, vom Auto auf umweltfreundlichere Verkehrsmittel umzusteigen. In Konfliktbereichen wollen wir schwächeren Verkehrsteilnehmerinnen und -teilnehmern Vorrang einräumen – etwa in Innenstädten, auf Ortsdurchfahrten und generell an Begegnungspunkten zwischen Auto- und Fuß- und Radverkehr. Die Reduktion des Autoverkehrs verfolgen wir ohne ideologische Beweggründe, sondern wollen damit den Anforderungen des Klimaschutzes gerecht werden und unsere Dörfer und Städte lebenswert gestalten.



Saarland.
Familie.
Leben.

Programm zur Landtagswahl am 27. März 2022

Fußverkehr

Wir fordern, die Errichtung von Zebrastreifen und anderen Querungshilfen auf Hauptstraßen sofort zu erleichtern und zu entbürokratisieren.

Zudem soll eine Entschleunigung von Innerortsstraßen vollzogen werden: Wir wollen mehr Tempo 30 auf Ortsdurchfahrten.

Die Gehwegeplanung soll sich auf kurze und barrierefreie Wege ausrichten. Gefahrenstellen für Fußgänger müssen entschärft werden.

- Zebrastreifen in 30 Zonen sind momentan generell nicht erlaubt!
- Wir fordern das Falschparken auf Gehwegen zu kontrollieren sowie generell alle Verkehrsregeln stärker zu kontrollieren

Radverkehr

Wir beobachten zahlreiche Probleme im saarländischen Radwegenetz:

- Lückenhaftes Radwegenetz
- Beschilderung für Alltagsverkehr fehlt komplett
- Oftmals holpriger Asphaltbelag
- Zu schmale Wege
- Winterdienst und Laubbeseitigung im Herbst sind nicht zufriedenstellend bzw. fehlen

Eine proaktive Radwegeplanung auf Landesebene fehlt. Der Neubau von Radwegen verläuft bestenfalls im Schnecken tempo (null Kilometer im Jahr 2020). Das Land stiehlt sich aus der Verantwortung, indem es auf die Kommunen verweist.

Stattdessen muss das Land aktiv die Planung der Radwegenetze vorantreiben und deren Ausbau aus Eigeninitiative einleiten. Meist müssen Radwege kommunenübergreifend geplant werden - daher darf die Zuständigkeit nicht auf die Städte und Gemeinden abgewälzt werden.

Radwege müssen lückenlos sein – es darf keine abrupt endenden Radwege geben, bei der Radfahrer plötzlich in den Straßenverkehr gezwungen werden. Übergänge, an denen Radfahrer auf die Straße wechseln, und Kreuzungen zwischen Radweg und Straße sind die „schwächsten Glieder der Kette“ und müssen besonders geschützt werden.

Der Radwegebau an Landstraßen muss massiv beschleunigt werden. Jede Landstraße muss mit dem Fahrrad sicher befahrbar sein – ohne Radweg darf bei guten



Saarland.
Familie.
Leben.

Programm zur Landtagswahl am 27. März 2022

Sichtverhältnissen maximal Tempo 70 gelten, ansonsten weniger. Darüber hinaus fordern wir zusammenhängende Fahrradrouten parallel zu den saarländischen Autobahnen.

Alltagsradwege müssen ausgeschildert werden, nach Möglichkeit müssen dabei Routen abseits stark befahrener Hauptstraßen bevorzugt werden.

Nachhaltige Fahrrad-Mobilität fördern

Dem Radverkehr kommt bei der dringend notwendigen Verkehrswende eine bedeutende Rolle zu, insbesondere wenn es um den Alltagsradverkehr geht, um Entlastung des Klimas, der Luftverschmutzung und des Autoverkehrs. Die Attraktivität dieser Fahrradmobilität ist nicht nur eine Frage der Radwegeinfrastruktur, sondern auch der Fahrräder selbst. Im topographisch anspruchsvollen Saarland haben wir über Jahrzehnte hinweg durch eine einseitig autofreundliche Politik dem Radverkehr nur ein Nischendasein zugestanden. Mit der weiten Verbreitung und der Attraktivität von Pedelecs (E-Bikes) ändert sich die Situation jedoch grundlegend. Die Politik muss daher Anreize für eine nachhaltige Zweirad-Mobilität schaffen.

Die ÖDP fordert daher:

- Förderung der Anschaffung von Fahrrädern mit 50%, max. 1000,- Euro bei einfachen Fahrrädern und max. 2500,- Euro bei Lastenrädern, Rikschas etc.. Familien mit Kind/Kindern bis 6 Jahre erhalten dabei einen Familienbonus von zusätzlich 500,- Euro je Kind. Eine Förderrichtlinie soll dabei Mindestanforderung an die Sozial-, Arbeits- und Umweltstandards der Produktionsbedingungen der Fahrräder formulieren (z.B. FairRubber-Reifenprodukte, faire Bezahlung, ökologischer Fußabdruck der Produktion, etc.)
- Die Rohstoffe der Akkus müssen am Ende des Nutzungszyklus einer Aufbereitung und Wiederverwertung zugeführt werden.
- Aufgrund der anspruchsvollen saarländischen Topographie fordern wir einen höheren technischen Sicherheitsstandard (zu prüfen wäre auch ein Routine-TÜV), der einen sicheren Transport der Kinder in Lastenrädern gewährleistet (z.B. Bremsenverhalten bei langen Talfahrten).
- Die Werkstattinfrastruktur muss verbessert werden. Daher sind Anreize für weitere Handwerksbetriebe und für die Ausbildung in diesem Bereich zu schaffen.
- Verbesserung der Abstell- und Ladeinfrastruktur (z.B. an öffentlichen Gebäuden und Einrichtungen wie Rathäuser, Sport- und Kulturhallen, Bahnhöfen, etc.)



Saarland.
Familie.
Leben.

Programm zur Landtagswahl am 27. März 2022

- Das Saarland setzt sich auf europäischer Ebene für die Vereinheitlichung - Standardisierung der Elektro-Ladeinfrastruktur ein. Das vereinfacht auf Dauer, ähnlich wie bei dem Standard-USB-Anschluss, die Nutzung und hilft knappe Ressourcen einzusparen.

S-Pedelecs brauchen mehr Freiraum

S-Pedelecs sind dank ihrer Geschwindigkeit besonders konkurrenzfähig gegenüber dem Auto. In ihrer Nutzungsvielfalt sind sie gegenüber dem Fahrrad bzw. Pedelec aber leider rechtlich eingeschränkt (Fahrerlaubnis erforderlich, Fahrradanhänger erlaubt, keine Nutzung von Wald-, Feld- und Radwegen möglich). Wir wollen den Nutzungsspielraum für S-Pedelecs deutlich erweitern, um ihre Attraktivität.

Im öffentlichen Nahverkehr des Saarlandes werden S-Pedelecs von den geltenden Regeln ausgeschlossen, nur weil sie auf der Straße schneller fahren können. Weil sie aber genauso viel Platz in Bus und Bahn einnehmen wie herkömmliche Fahrräder, müssen sie stattdessen sofort in den Mitnahmeregeln mit Fahrrädern und Pedelecs gleichgestellt werden.

Die ÖDP Saar fordert zudem, dass für S-Pedelecs zügig eine elektronische Drosselungsmöglichkeit eingeführt wird, durch die die Motorgeschwindigkeit auf 25 km/h reduziert wird. Im gedrosselten Zustand sollen S-Pedelecs mit Pedelecs und Fahrrädern auch im Verkehr gleichgestellt werden:

- Nutzung von Rad-, Feld- und Waldwegen
- Nutzung ohne Fahrerlaubnis, inkl. Nutzung auch für Jugendliche
- Nutzung eines Anhängers

Damit diese Umschaltung überprüfbar ist, muss sie äußerlich erkennbar sein, z. B. durch eine automatische Umschaltung des Rücklichts auf eine andere Farbe.

Bevor diese Abschaltmöglichkeit besteht, muss die Nutzbarkeit von S-Pedelecs bei Radtouren in der Freizeit gewährleistet werden, um eine wichtige Hürde für Kaufinteressenten zu beseitigen. Weil auf Wald- und Feldwegen aufgrund ihrer Qualität generell langsamer gefahren wird, befürworten wir eine Freigabe dieser Wirtschaftswege für S-Pedelecs. Dabei ist ebenso eine Geschwindigkeit von maximal 25 km/h einzuhalten (bzw. wie von StVO vorgeschrieben deutlich langsamer zu fahren, wenn die Wegeverhältnisse das erfordern). Das Saarland muss die Einhaltung dieser Geschwindigkeitsgrenze nach Einführung einer solchen Regelung stichprobenartig



Saarland.
Familie.
Leben.

Programm zur Landtagswahl am 27. März 2022

überprüfen. Diese Freigabe soll nicht für ausgewiesene Radwege mit Nutzung durch Fußgänger gelten.

Öffentlicher Nahverkehr

Wir brauchen eine grundlegende Neuorientierung im öffentlichen Nahverkehr. Wir beobachten dabei folgende Probleme:

- Buslinienplanung funktioniert nicht, weil jeder Aufgabenträger (teils Kommunen, teils Landkreise, teils das Land) sein eigenes Süppchen braut. Eine sinnvolle Abstimmung bei der Linienplanung fehlt – viele Linien enden an Landkreisgrenzen.
- Es besteht weiterhin ein kompliziertes Tarifsystem – lange Strecken wurden mit der Tarifreform günstiger, kurze Strecken bleiben extrem teuer wie bisher – die Probleme des Wabensystems sind ungelöst.
- Der Schülerverkehr ist in vielen Fällen ähnlich teuer wie bisher – die Verbesserungen allein durch Abos sind nicht hilfreich, weil viele Kunden außerhalb der Abo-Bedingungen liegen. Wir fordern die Abschaffung von unübersichtlichen „Spezial-Tarifen“ und wollen sie durch einheitlich günstige Tickets ersetzen.
- Die Auslastung von Busse außerhalb der Stoßzeiten ist oft gering.
- Die Erschließung von (neuen) Wohn- und Gewerbegebieten wird nicht verfolgt, wodurch oft lange Wege zur nächsten Bushaltestelle entstehen.

Tarifreform und Finanzierung

Wir befürworten grundsätzlich die Idee eines „kostenlosen“ Linienverkehrs und fordern daher sofort weitere Preiserleichterungen, um den ÖPNV attraktiver zu machen - besonders in Bereichen, die bei der Tarifreform ausgespart wurden (siehe vorheriger Punkt). Eine kostenlose ÖPNV-Nutzung reicht aber nicht; genauso entscheidend ist ein qualitativ hochwertiges und allgemein zugängliches Angebot.

Kurze Strecken müssen sofort günstiger werden. Auch muss ein Alternativkonzept zu Waben entwickelt werden! Das Waben-Problem besteht fast überall außerhalb der Kreisstädte und Saarbrücken.

Die ÖDP fordert familiengerechte Tarife – so soll der ÖPNV zuerst für Kinder und Jugendliche gebührenfrei werden.



Saarland.
Familie.
Leben.

Programm zur Landtagswahl am 27. März 2022

Das Saarland muss aus Eigeninitiative mehr Geld in den ÖPNV stecken – die Fördermittel vom Bund reichen nicht. Klimafreundlicher Verkehr muss in der Haushaltsplanung Vorrang haben.

Die Fahrpreise über die Grenzen nach Frankreich und Rheinland-Pfalz müssen attraktiver gemacht werden bzw. überhaupt als zusammenhängender Tarif hergestellt werden!

ÖPNV-Strukturen

Die ÖDP fordert eine Planung von Buslinien auf Landesebene, wodurch bessere Verbindungen über Gemeinde- und Landkreisgrenzen hinweg entstehen und eine effektive Abstimmung von Bus und Bahn aufeinander resultiert.

Wir fordern den Einsatz von Kleinbussen mit 12 bis 20 Sitzen. Die Neubeschaffung von Fahrzeugen muss sich auf den Einsatz Erneuerbarer Energie ausrichten (bevorzugt batterieelektrischer Antrieb).

Wohn- und Gewerbegebiete müssen besser mit öffentlichem Verkehr erschlossen werden, so dass zur nächsten Bushaltestelle keine langen Wege entstehen.

Die ÖDP fordert eine effektive Anschlusssicherung zwischen Bus und Bahn.

Wir wollen Fahrgastbeiräte mindestens auf Landes- und Landkreisebene.

Die Aufgabenträger sollen in einen saarländischen Mobilitätsverbund umgewandelt werden. Dadurch entstehen Angebote aus einem Guss von Tür zu Tür. Angebote abseits des klassischen ÖPNV wie Mieträder, E-Scooter und On-Demand-Angebote wie Taxen und Bürgerbusse werden dadurch in einem Rutsch einfach buchbar sein.

Wir setzen uns für die Einführung eines landesweiten Fahrgastbeirats und eines einheitlichen ÖPNV-Informationssystems (digital und auf lokaler Ebene durch Mitteilungen in Amtsblättern) ein.

Bahnverkehr

Der Bahnverkehr muss das Rückgrat des öffentlichen Nahverkehrs sein. Hierfür fordert die ÖDP:

- Stillgelegte Strecken schnellstmöglich reaktivieren (Liste siehe nächster Punkt)
- Möglichst dichte Taktung auf der Schiene anbieten – mindestens 30-Minuten-Takt für die RB in der Hauptverkehrszeit, nach Möglichkeit Verdichtung auf 15 oder 20 Minuten



Saarland.
Familie.
Leben.

Programm zur Landtagswahl am 27. März 2022

- 30-Minuten-Takt bei der Regionalbahn Merzig-Trier herstellen – als Sofortmaßnahme mindestens von Merzig bis Mettlach
- keine Ausdünnung des Takts im ländlichen Raum – stattdessen Einsatz von kleineren Fahrzeugen für Tageszeiten mit geringerer Nachfrage

Bahnstrecken reaktivieren

Wir wollen alle Bahnstrecken aus dem Verkehrsentwicklungsplan (VEP) und darüber hinaus reaktivieren. Unser Ziel ist, möglichst alle der folgenden Verbindungen bis 2030 in Betrieb zu nehmen. Die Strecken werden im **ÖDP-Konzept für den saarländischen Bahnverkehr** (siehe Anlage 1) näher genannt.

Dazu müssen die Planungen sofort und mit allen Mitteln beschleunigt werden:

- Vereinfachung des Planungsrechts und Nutzung der neuen Spielräume aus dem Investitionsbeschleunigungsgesetz
- personelle Aufstockung im Ministerium und Qualifizierung neuer Fachkräfte
- frühestmögliche Durchführung aller Planungsschritte, u. a. durch die frühzeitige Vorbereitung von Planungsschritten, die erst später formell „an der Reihe“ sind
- Sofortige und verbindliche Aufnahme dieser Reaktivierungen in die Finanzplanung bis 2030 & klarer Umsetzungsauftrag an die Landesregierung.

Elektrifizierung

Wir fordern eine 100-prozentige Elektrifizierung des Schienennetzes nach Schweizer Vorbild. Das Schienennetz soll durch möglichst wenige unterschiedliche Systeme vereinheitlicht werden, wodurch auch der Güterverkehr gefördert wird.

Der **Neubau** von **Oberleitungen** soll **nur mit Bahnstrom** (15 kV~) erfolgen, damit sie auch für den elektrischen Güter- und Fernverkehr sowie die klassischen Regionalbahnen (die nicht zum Saarbahn-Fuhrpark gehören) nutzbar werden.

Ist eine Elektrifizierung aller Strecken aus finanziellen Gründen vorerst nicht möglich, dann wollen wir weiterhin möglichst viele Strecken elektrifizieren und abseits davon einen einheitlichen Akkubetrieb einrichten.

Wir fordern einen Umbau der Oberleitung auf **Bahnstrom mindestens von Eiweiler bis Lebach** (aktuell 750 V=, stattdessen mit 15kV~ ausstatten). Dadurch soll der SVolt-Güterverkehr ermöglicht werden und Elektro-Regionalbahnen können in den Lebacher Bf einfahren.



Saarland.
Familie.
Leben.

Programm zur Landtagswahl am 27. März 2022

Die ÖDP fordert einen sofortigen Abbruch aller Pläne, Bahnstrecken zugunsten von Radwegen zu überbauen. Das betrifft aktuell die Primstalbahn von Limbach nach Büschfeld.

Güterverkehr

Wir fordern den Aufbau von Verladeinfrastruktur für den kombinierten Verkehr, um die Anbindung von Industriegebieten und -betrieben ohne eigenen Gleisanschluss zu ermöglichen.

Es muss außerdem sofort ein Fahrdienstleiter in Bouzonville eingerichtet werden, damit umgehend der Verkehr nach Frankreich (über die Niedtalbahn) wiederaufgenommen wird.

Attraktive Bahnhöfe

Attraktive Bahnhöfe und Haltestellen sind ein wichtiger Baustein, um die öffentlichen Verkehrsmittel ansprechend zu gestalten. Dazu fordern wir folgende Maßnahmen:

- Effektive Durchsetzung von Nichtraucherschutzregeln
- Mehr überdachte Bahnsteige und Wartezonen – bei Bahnsteigen sollen sie nach Möglichkeit für Photovoltaik genutzt werden
- Barrierefreie Bahnhöfe flächendeckend auch in kleineren Orten schaffen – das Saarland muss dazu kostengünstige Konzepte erproben, die auch bei einem flächendeckenden Einsatz finanziell vertretbar sind.
- Großzügige Möglichkeiten zur Abstellung von Fahrrädern

Kostenlose Park-and-Ride-Parkplätze sind wichtig, um Fahrgästen gerecht zu werden, die nur mit dem Auto gut zum Bahnhof kommen können. Wichtig ist dabei, dass man mit hoher Sicherheit einen Parkplatz bekommen kann. Eine Überlastung der Parkplätze wollen wir verhindern, indem die Alternativen zum Auto auf dem Weg zu Bahnhöfen attraktiv gestaltet werden (siehe Radverkehr und ÖPNV).

Nicht nur bei der Reaktivierung stillgelegter Strecken, sondern auch an bestehenden Bahnstrecken brauchen wir teilweise neue Bahnhöfe, um weiteren Wohn- und Gewerbegebieten eine gute Anbindung an das Schienennetz anzubieten. Näheres dazu ist im ÖDP-Konzept zum saarländischen Bahnverkehr nachzulesen (siehe Anlage 1).

Alte Gleisanschlüsse, etwa an stillgelegten Gruben, sollen vorsorglich beibehalten werden, um die Möglichkeit weiterer Bahnverbindungen zu erhalten.



Saarland.
Familie.
Leben.

Programm zur Landtagswahl am 27. März 2022

Fernverkehrsanbindung des Saarlandes

Das Saarland ist in viele Richtungen nicht gut an den Fernverkehr angebunden. Es fehlen attraktive Verbindungen in Richtung NRW, Südfrankreich, Belgien und Luxemburg. Frankfurt am Main ist zudem nur recht langsam erreichbar.

Das Saarland kann seine Fernverbindungen nicht sichern, indem es bei der Deutschen Bahn oder der Bundespolitik um mehr Züge bettelt. Diese kommen nur zustande, wenn die Infrastruktur attraktive, schnelle Verbindungen ermöglicht und dadurch auch für die Fahrgäste attraktiv genug ist.

Stattdessen muss es sich gemeinsam mit anderen Regionen zusammensetzen und konkrete Konzepte für eine bessere Fernverkehrsinfrastruktur erarbeiten.

Das gilt unter anderem für die Verbindung Frankfurt-Saarbrücken-Paris: wir wollen für mehr Züge sorgen, indem wir eine **deutliche Verkürzung der Fahrzeit ermöglichen**. Dazu soll die langsame Verbindung über Mannheim durch eine Abkürzung über Worms ersetzt werden, indem die Zellertalbahn (von Kaiserslautern nach Worms) für den ICE-Verkehr ertüchtigt wird. Dadurch wird Frankfurt von Saarbrücken aus **etwa 35 min schneller** erreichbar als bisher, sodass der ICE über Saarbrücken deutlich schneller Paris erreicht als über Straßburg.

Darüber hinaus müssen die „kleinen Fernverkehre“ in Form der regional bestellten RE-Verbindungen weiter ausgebaut werden. Dazu gehören auch grenzüberschreitende Verbindungen nach Frankreich.

Straßenbau

Die ÖDP fordert einen Stopp für den großräumigen Neubau von Umgehungsstraßen im Saarland. Dieser vermehrt den Verkehr und bindet Planungskapazitäten, die wir dringend für die Verkehrswende brauchen. Stattdessen müssen Konzepte zur Reduktion des Autoverkehrs im Vordergrund stehen.

Wir fordern eine Reduktion des LKW-Verkehrs innerorts. Unter anderem wollen wir dazu weitere Transitfahrverbote einführen und effektiv kontrollieren, um die Nutzung bestehender Ortsumgehungen und Autobahnen zu forcieren.

Bei Sanierung und Ausbau von Ortsdurchfahrten sollen generell Straßenbeläge verwendet werden, die sich bei den innerorts üblichen Geschwindigkeiten lärmindernd auswirken.



Saarland.
Familie.
Leben.

Programm zur Landtagswahl am 27. März 2022

Tempolimits

Wir fordern Tempo 120 auf Autobahnen, sowie Tempo 80 auf zweispurigen Straßen (Reduktion insbesondere bei Landstraßen ohne Rad- und Gehweg, s. o.). Zusätzlich dazu soll auf Landstraßen ohne Radweg bei guten Sichtverhältnissen maximal Tempo 70 gelten, ansonsten deutlich weniger.

Innerorts soll auf den meisten Straßen Tempo 30 gelten, wie es in Wohngebieten schon weitgehend umgesetzt ist. Auf Ortsdurchfahrten, wo Tempo 30 unnötig langsam ist, soll nicht automatisch Tempo 50 gelten, sondern auch Tempo 40 als Mittelweg geprüft werden. Kommunen sollen im Zweifel freie Hand für Geschwindigkeitsreduktionen bekommen.

Flugverkehr

Alle Subventionen für den Saarbrücker Flughafen müssen eingestellt werden.

Lärmschutz

Die ÖDP fordert die zügige Umsetzung von Lärmschutzmaßnahmen an wohnortnahen Autobahnen.



Saarland.
Familie.
Leben.

Programm zur Landtagswahl am 27. März 2022

Natur- und Umweltschutz als Markenzeichen des Saarlands

Natur- und Bodenschutz umfasst all jene Bereiche aus der belebten und unbelebten Natur- und Umwelt, denen es gilt eine Stimme im Kanon der Wirtschaftsbereiche des Menschen zu geben und so sowohl die Einzigartigkeit, Schönheit und Vielfalt von Tier- und Pflanzenarten und deren Lebensräume zu schützen und ggf. zu entwickeln, aber auch um immissionsbezogenen Vorsorgewerte eines nachhaltigen Umgangs mit unserer Umwelt zu formulieren, zu überwachen und zu kontrollieren. Einhergehend ist die Umsetzung von Maßnahmen verbunden, damit die Schutzgüter effizient vor Beeinträchtigungen geschützt werden.

Damit wird nicht nur Wertschätzung der belebten sondern auch der unbelebten Umwelt als auch den Menschen entgegengebracht und natürliche Ressourcen für zukünftige Generationen gesichert. Dabei ist nicht nur der amtliche Naturschutz gefordert, sondern auch die vielen ehrenamtlichen Naturschützerinnen und Naturschützer, seien es die kommunalen Naturschutzbeauftragten oder die vielen in den Umweltschutzverbänden engagierten Saarländerinnen und Saarländer, die unterstützend Informationen landesweit zusammentragen und damit einen wichtigen Dienst für unsere Gesellschaft erbringen. Gleichzeitig müssen die Fachbehörden personell besser gestellt werden, damit die stetig steigenden Aufgaben und Anforderungen zeitnah bearbeitet werden können.

Naturschutz

Die ÖDP fordert:

- Die zügige Fertigstellung der FFH-Managementpläne für alle FFH Gebiete im Saarland
- Die landesweite Überprüfung des Zustands der ausgewiesenen Schutzgebiete und Identifizierung möglicher Gefahren (z.B. schleichende Inanspruchnahme durch benachbarte Nutzungen)
- Die verstärkte Einbindung des kommunalen Naturschutzbeauftragten bei Bauvorhaben

Das Saarland hat von allen Flächenländern in Deutschland die zweithöchste Intensität bei der Versiegelung von Böden. Die ÖDP Saar will diesen Trend brechen und Natur- und Bodenschutz zu einem Markenzeichen eines gelebten Heimatschutzes machen.



Saarland.
Familie.
Leben.

Programm zur Landtagswahl am 27. März 2022

Flächenversiegelung stoppen und Böden schützen

Der Boden ist ein wesentliches Ökosystem von entscheidender ökologischer und sozioökonomischer Bedeutung. Er bietet zahlreichen Tieren und Pflanzen einen Lebensraum und ist daher maßgeblich für die Artenvielfalt. Uns Menschen dient er als Grundlage für gesunde Lebensmittel und hilft als gesunder humusreicher Boden, Dürreperioden besser zu überstehen. Nicht zu unterschätzen ist er auch als Verbündeter im Kampf gegen die Klimakrise. Gesunder Boden ist auch ein wichtiger CO₂-Speicher. Leider haben unsere intensive Landwirtschaft und die zunehmende Versiegelung diese lebenswichtigen Funktionen stark eingeschränkt. Einmal zerstört, benötigt er jedoch Jahrtausende, um sich zu regenerieren. Der Boden ist eine begrenzte und endliche Ressource. Daher sollte es unser oberstes Ziel sein, den intakten Boden, den wir noch haben zu schützen und geschädigten Boden wiederherzustellen.

Daher fordert die ÖDP Saar:

- Die Reduktion des Flächenverbrauchs auf Netto-Null bis 2030 mit jährlicher Überprüfung der Zielerreichung. Bis dahin führen wir eine Obergrenze für den Flächenverbrauch für Siedlung und Verkehr im Saarland ein.
- Ein Informationssystem zur Erfassung des Flächenverbrauchs inklusive einer Auflistung der zur Verfügung stehenden Brachflächen und deren Dekontaminierung für das Saarland.
- Die Einführung einer regionalen Überwachung des Flächenverbrauchs und der Bodenversiegelung unter Berücksichtigung der Bodenqualität.
- Bei Bebauung sollten verpflichtend zunächst brachliegende Siedlungsgebiete, Gewerbe und Verkehrsflächen genutzt werden.
- Die Gewerbesteuer muss zentral erhoben und auf die Kommunen verteilt werden, da der Wettbewerb zwischen den Kommunen zu einem hohen Flächenverbrauch führt.
- Der Verbrauch von Fläche und Bodenversiegelung muss mit einer Abgabe an die zuständigen Umweltbehörden belegt werden: Die ÖDP Saar fordert eine Versiegelungsgebühr zum Schutz hochwertiger landwirtschaftlicher Flächen. Gleichzeitig sollte es einen regionalen Fonds zum Flächenschutz und zur Flächenaufbereitung geben.
- Eine Klimaschutzabgabe auf Baulücken und Leerstände in städtischen Bereichen, die länger als drei Jahre existieren und nicht bebaut bzw. genutzt werden.
- Die Beteiligung von Bürgerinnen und Bürger im Raumplanungsverfahren muss verpflichtend sein.



Saarland.
Familie.
Leben.

Programm zur Landtagswahl am 27. März 2022

- Mehr Bewusstsein für eine nachhaltige Raumplanungspolitik. Die politische Nonchalance in Bezug auf Bodenschutz ist ein Kernübel und muss überwunden werden. Entscheidungsträgerinnen und Entscheidungsträger auf kommunaler und Landesebene müssen besser informiert und geschult werden.
- Eine Rahmengesetzgebung für Bodenschutz auf EU-Ebene mit direkter Wirkung auch auf unsere Region.
- Alle Regionen in Europa brauchen bindende Vorgaben für Bodenschutzmaßnahmen. Wir sollten den Anspruch haben, dass das Saarland hier Vorreiter wird.

Ökologie und Landwirtschaft sind Verbündete

Es muss mehr für den Erhalt der Biodiversität auch im Saarland getan werden! Die Landwirtschaft im Saarland muss stärker mit Klima- und Umweltschutz sowie mit Biodiversität und Tierwohl verknüpft werden! Ökologie und Landwirtschaft sind keine Gegensätze, sondern natürliche Verbündete!

Wir brauchen eine Anpassung der Gemeinsamen Agrarpolitik der EU an die realen Lebensumstände. Der Erhalt der Biodiversität muss mit Fördermitteln belohnt werden. Die Förderung alter und gefährdeter Nutztierassen im Saarland muss wieder eingeführt und ausgebaut werden.

Die Direktzahlungen an Landwirte sind entsprechend anzupassen. Die Spitzenposition im Ökolandbau pro Kopf ist eine gute Grundlage, die weiterhin ausgebaut werden muss.

Strengere Regulierungen und Kontrollen des konventionellen Anbaus, Düngermenge und Pestizidausbringung, sind erforderlich.

Wir wollen die Insekten- und Bienenpopulationen wieder vermehren! Dies sollte mit gezielten Modellprojekten in umgewandeltem Weideland ausgestaltet werden. Wir fordern einen umfassenden saarländischen 'Bienen-Aktionsplan'!

Zugleich fordern wir eine umfassende Eindämmung des Verkaufs und der Verwendung kommerziell und privat eingesetzter Biozide.

Hochwasserschutzkonzepte und öffentliche Flächenvorsorge

Gemeinden im Regionalverband und im ganzen Saarland wurden in den letzten Jahren von Starkregenereignissen getroffen. Öffentliche Infrastruktur und private Gebäude wurden geschädigt. Zur Schadensminimierung bei zukünftigen Ereignissen sind Hochwasserschutzkonzepte erforderlich. Diese sollten neben Hochwasserschutz und privater Hochwasservorsorge auch eine öffentliche Flächenvorsorge integrieren, d.h.



Saarland.
Familie.
Leben.

Programm zur Landtagswahl am 27. März 2022

Flächen so zu bewirtschaften, dass die Abflussbereitschaft minimiert bzw. nicht verstärkt wird.

Wir fordern:

- Die Integration des [ÖDP 5-Stufenplanes für Hochwasserschutzkonzepte](https://www.oedp.de/fileadmin/user_upload/bundesverband/aktuelles/Hochwasser/5-Stufenkonzept_zum_Hochwasserschutz_210908.pdf) (https://www.oedp.de/fileadmin/user_upload/bundesverband/aktuelles/Hochwasser/5-Stufenkonzept_zum_Hochwasserschutz_210908.pdf)
- Die Ausweisung von Hochwasserentstehungsgebieten nach Wasserhaushaltsgesetz (WHG) und auf Basis der Einzugsgebiete bestehender und zukünftiger Hochwasserrückhaltebecken
- Eine vorgezogene Prüfung der Hochgefahren- und risikokarten, sowie der Starkregengefahrenkarten unter den Erfahrungen des Extremereignisses von Juli 2021 in den Einzugsgebieten von Rheinland-Pfalz und Nordrhein-Westfalen
- Eine verpflichtende Elementarschadenversicherung, damit die finanziellen Schäden von Naturkatastrophen auf möglichst viele Schultern verteilt werden kann.
- Die weitere Entsiegelung von Flächen, um die Versickerung zu fördern und den natürlichen Wasserkreislauf wiederherzustellen
- keine Baugebiete in Wasserschutzgebieten (siehe Linslerfeld)
- Stärkung und Förderung der haupt- und ehrenamtlichen Rettungs- und Einsatzkräfte, Einbeziehung der Bevölkerung in Hochwasserübungen, Stärkung und Förderung der kommunalen Hochwasserpartnerschaften

Landesweiter Niedrigwasseraktionsplan

Auf Grundlage der bisherigen Klimamodelle ist mittel- und langfristig eine Verschiebung des Niederschlagsgeschehens, eine Veränderung des durchschnittlichen Temperaturniveaus und damit eine nachhaltige Veränderung des Wasserhaushalts für die saarländischen Einzugsgebiete zu erwarten. Dies wird nicht ohne Folgen für die Niedrigwasserführung der Gewässer bleiben. Bereits jetzt sind vermehrt Niedrigwasserphasen zu beobachten, die sich negativ auf die natürlichen Gewässerlebensräume und ihre Tier- und Pflanzenarten auswirken und damit die natürliche Biodiversität dieser Lebensräume gefährden. Zusätzliche Belastungen entstehen durch Pestizide und Nährstoffeinträge aus Landwirtschaft und Siedlungsräumen.

Es wird daher für unumgänglich angesehen einen Niedrigwasseraktionsplan landesweit einzuführen der dazu beitragen soll, extreme Niedrigwasserphasen und die damit



Saarland.
Familie.
Leben.

Programm zur Landtagswahl am 27. März 2022

zusammenhängenden negativen Auswirkungen auf die aquatischen Lebensgemeinschaften zu vermeiden. Dieser sollte unter anderem beinhalten:

- eine weitergehende Förderung der Regenwasserentflechtung der Abwassersysteme, sowohl der Siedlungen als auch in der freien Landschaft
- eine Förderung der Entwicklung von kommunalen Regenwassernutzungskonzepten (Bewässerung, Löschwasser, etc.)
- eine Verringerung des Fremdwasseranteils in den Kläranlagen auch unter Einbeziehung der Verringerung der „Hausdrainagen“
- die Schaffung von Kleinstrückhalten in der Landschaft und den Siedlungsräumen mit Versickerung des Niederschlagswassers
- eine verstärkte unabhängige Kontrolle der Abwassereinleitungen in Niedrigwasserphasen
- die Vermeidung von unerlaubten Wasserentnahmen aus den Gewässern (z.B. Gewässerschauen in Niedrigwasserphasen)
- eine Sensibilisierung der Öffentlichkeit
- die Schaffung geeigneter Vorwarn- und Informationssysteme für Verwaltung und Öffentlichkeit
- die Förderung des Erfahrungs- und Informationsaustauschs auf Landes-, Bundes- und grenzüberschreitend-internationaler Ebene der Landes- und Kommunalverwaltung

Gewässer – die Lebensadern unserer Landschaft

Gewässer durchdringen unsere Landschaft. Entlang ober- und unterirdischen Fließwege wird das Wasser in seiner Menge und seinem chemischen Zustand beeinflusst, was sich letztlich auf seine biologische Qualität auswirkt. Landwirtschaft, Siedlung, Industrie und Gewerbe aber auch der Verkehr wirken sich auf die Gewässer aus. Die Umsetzung der EG-Wasserrahmenrichtlinie mit dem Ziel den guten ökologischen Zustand der Oberflächenwasserkörper zu erreichen ist erneut in 2021 gescheitert. Hier sind weitere Maßnahmen insbesondere in der Siedlungswasserwirtschaft (Entflechtung, Reinigung: 4. Reinigungsstufe, Regenüberläufe) aber auch weiterhin in der Landwirtschaft (Reduktion von Nährstoff- und Pestizideinträgen, Reduktion der Bodenerosion) notwendig. Dazu zählt aber auch, dass die erhobenen Umweltdaten der Öffentlichkeit unkompliziert per Internetportal verfügbar gemacht werden, inkl. der Daten der Kläranlagenbetreiber.

Dem Schutz des Grundwassers gilt ein besonderes Augenmerk. Anders als in anderen Bundesländern bezieht das Saarland sein Trinkwasser ausschließlich aus den Grundwasservorräten. Eine Flutung der Gruben und der damit einhergehenden Gefahr



Saarland.
Familie.
Leben.

Programm zur Landtagswahl am 27. März 2022

einer irreversiblen Kontamination der Trinkwasservorräte des Saarlandes muss entschieden entgegengetreten werden.

Lärmbelastung

Die kommunalen Lärmaktionspläne müssen in den Städten und Gemeinden auch zur Umsetzung der dort formulierten Maßnahmen zur Verringerung der Lärmbelastung führen. Hierin gilt es die Kommunen zu unterstützen.

Forstwirtschaft und Waldschutz

Wälder sind vieles: Lebensraum für zahlreiche Tier- und Pflanzenarten, Habitat verschiedener Baumarten, Kohlenstoffspeicher und nicht zuletzt Refugium für den Menschen. Der Schutz der Wälder muss daher höchste Priorität haben, stellen sie doch eine der wichtigsten Ressourcen unserer Zeit dar.

Die saarländische Landschaft ist zu großen Teilen durch Bestandswälder geprägt – mit dem „Urwald vor den Toren der Stadt“ befindet sich z. B. im Regionalverband Saarbrücken eine weitgehend unberührte Waldfläche, die nur noch zur Wegesicherung bewirtschaftet wird, sonst aber der Natur überlassen wird.

Wir fordern ein klares Bekenntnis zum Schutz des Waldes! Das Saarland kann und muss hier eine Vorreiterrolle einnehmen und kann diese mit der Größe des kleinsten Flächenlandes der Republik besonders gut und direkt umsetzen. Gerade mit Blick auf die enorm hohe Flächenversiegelung (nach Nordrhein-Westfalen das meistversiegelte Flächenbundesland) brauchen wir einen Ausgleich sowie einen Rückzugsort für Mensch, Flora und Fauna.

Die Waldbewirtschaftung sollte sich indessen den Gegebenheiten des fortschreitenden Klimawandels anpassen. Und zwar getragen vom Vorbild des Urwaldes: Wir brauchen Mischwälder statt Monokulturen und müssen Altbeständen schützen – insbesondere Laubbaumbestände.

Bestehende Waldwirtschaftsformen müssen verstärkt beforscht und hinsichtlich ihrer Nachhaltigkeit untersucht und schlussendlich danach ausgewählt werden. Federführend sollte hier das „Dauerwaldprinzip“ werden, gekennzeichnet durch Baumartenmischung, Strukturvielfalt, geringe Eingriffe und pfleglichen Umgang mit dem Waldboden. Bei der Auswahl der Baumarten sollte weniger Fokus auf alleinige Wirtschaftlichkeit, sondern auf ein Zusammenspiel von Ökonomie und Ökologie gelegt werden. Dies darf und braucht sich nicht gegenseitig auszuschließen. Auch die Förderung der Waldwirtschaft gehört hierzu: Für kleinere Bestände und Waldbesitzer war die Beantragung von



Saarland.
Familie.
Leben.

Programm zur Landtagswahl am 27. März 2022

Fördergeldern aufgrund zu hoher Bürokratie bislang nicht möglich oder schlicht nicht lukrativ, was dringend nachgebessert werden muss.

Im Bereich der forstwissenschaftlichen Lehre sollte das Saarland, durch eine stärkere Einbindung der ökologischen Inhalte bei der Ausbildung zukünftiger Forstwissenschaftler und -arbeiter, eine Leuchtturmfunktion einnehmen. Der stark landwirtschaftlich geprägte Fokus der Ausbildung muss zu einem ausgewogenen Miteinander von wirtschaftlichem, aber insbesondere auch ökologischem Denken werden, der gerade den Schutz der zurückgehenden Biodiversität in den Blick nimmt. Als Vorbild kann uns der unberührte Urwald mit seiner Kraft zur Selbsterhaltung den richtigen Umgang aufzeigen.



Saarland.
Familie.
Leben.

Programm zur Landtagswahl am 27. März 2022

Landwirtschaft und Ernährung: Wertvoll für das Saarland

Mehr Wertschätzung der nachhaltigen Bewirtschaftung der natürlichen Lebensgrundlage und der Nutztiere – weniger Raubbau und Massentierhaltung!

Die Landwirtschaft liefert den „Treibstoff“ für unsere Gesellschaft. Wir alle müssen essen und trinken, um unseren täglichen Bedarf an Lebensmitteln zu stillen. Wir müssen nicht nur unseren durchschnittlichen Kalorienbedarf von ca. 1.800 kcal bis 2.400 kcal decken, sondern uns auch im Sinne einer ausgewogenen und gesunden Ernährung mit Ballaststoffen, Vitaminen und Mineralstoffen versorgen.

Basierend auf dem durchschnittlichen Kalorienbedarf der saarländischen Bevölkerung sind daher im Durchschnitt etwa 2.200 m² pro Person bei konventioneller Landwirtschaft notwendig. Mit einer landwirtschaftlichen Nutzfläche von circa 76.600 ha im Saarland wird schnell klar, dass diese Flächen bei der aktuellen Bevölkerungszahl von knapp 984.000 nicht ausreichen, um im Saarland genug Nahrungsmittel zu produzieren. Bei einer ökologischen Produktion steigt der Flächenbedarf auf rund 2.900 m² pro Person an. Darüber hinaus liefert die Landwirtschaft wertvolle nachwachsende Rohstoffe für die nachgelagerte Produktion (z.B. Pflanzenfasern).

Landwirtschaftliche Fläche ist daher ein hohes Gut, von dem unsere Überlebensfähigkeit als Gesellschaft abhängt. Aber nicht nur die reine Menge an Flächen, sondern auch die Fruchtbarkeit dieser Böden schränkt die landwirtschaftliche Produktion ein. Beides davon, Quantität und Qualität der landwirtschaftlichen Nutzfläche, müssen schon für die heutige Generation, aber erst recht für unsere Nachfahren nachhaltig erhalten werden.

Die landwirtschaftliche Nutzfläche ist nicht nur eine Zahl oder ein Produktionsfaktor, sondern die Landwirtschaft ist Bestandteil der uns umgebenden Kulturlandschaft und weist zahlreiche Wechselwirkungen mit der Natur auf. Wasser-, Boden-, Luft-, Klima- und Artenschutz sind daher zentrale Bestandteile einer verantwortungsbewussten Landwirtschaft.

Diese Verantwortung kann in einer Gesellschaft nachhaltig und solide nicht sektoral, vereinzelt betrachtet, getragen und auf die Landwirtinnen und Landwirte reduziert werden. Diese Aufgabe muss gesamtgesellschaftlich betrachtet werden, da sie auch jeden Einzelnen von uns betrifft. Es ist daher unabdingbar, dass das gesamtgesellschaftliche Verständnis und die Wahrnehmung dieses wichtigen Produktionszweiges aus der aktuellen Anonymität herausgeholt werden, dass die Fähigkeiten und Kenntnisse dieser grundlegenden zivilgesellschaftlichen Kulturtätigkeit anerkannt und bekannt sind und in der Folge auch honoriert und wertgeschätzt werden



Saarland.
Familie.
Leben.

Programm zur Landtagswahl am 27. März 2022

können. Nachhaltige Landwirtschaftspolitik mit dem Ziel einer gesamtgesellschaftlichen Versorgungssicherung mit gesunden Lebensmitteln muss aber auch feststellen, dass diese nicht nur auf die Landwirtschaft im Haupt- oder Nebenerwerb reduziert sein kann. Moderne gesellschaftliche Strömungen wie „Urban gardening“ oder „Essbare Stadt“ müssen dabei ebenso in Betracht gezogen, gefördert und gestärkt werden wie die traditionelle Bewirtschaftung des Kleingartenanbaus und der Kleintierhaltung. Gerade auch das hier notwendige ehrenamtliche Engagement in diesen Bereichen muss eine Wertschätzung erfahren.

Landwirtschaftliche Produktion steht aber auch vor den Herausforderungen des Klimawandels. Landwirtschaft war und ist dem Witterungsverlauf ausgesetzt und davon existenziell abhängig. Die Landwirtschaft ist daher nicht nur gefordert aktiven Klimaschutz zu betreiben, sondern den Folgen des Klimawandels wie langanhaltende Trockenperioden und Starkregenereignisse muss sie durch angepasste Flächenbewirtschaftung Rechnung tragen können.

Daraus ergeben sich kurz gefasst die Leitlinien einer ökologischen Landwirtschaftspolitik der ÖDP:

- Sicherung der Quantität und Qualität der landwirtschaftlichen Nutzfläche
- Boden-, Luft-, Wasser-, Tier- und Artenschutz als integraler Bestandteil der landwirtschaftlichen Tätigkeit
- Vermittlung landwirtschaftlicher und ökologischer Kenntnisse als Allgemeinwissen der gesellschaftlichen Grundbildung
- Versorgung der Gesellschaft mit vollwertigen und regional produzierten Lebensmitteln
- Förderung des Kleingartenanbaus und der Kleintierhaltung, sowie Schaffung von Vermarktungsmöglichkeiten unter ökologischen und tierschutzrechtlichen Gesichtspunkten
- Klimaschutz und Klimaanpassung in der Landwirtschaft
- Schnellstmöglicher Ausstieg aus der Massentierhaltung
- Reduktion der Lebensmittelverschwendung

Handlungsbeispiele dieser politischen Ausrichtung:

- Flächenbedarfe von Siedlungs- und Verkehrsflächenentwicklung darf nicht mehr zu Lasten der landwirtschaftlichen Nutzfläche betrieben werden.
- Erhalt des Bodensubstrates durch weitere Maßnahmen zur Minimierung der Bodenerosion auf Ackerflächen
- Förderung einer positiven Humusbilanz der Ackerflächen



Saarland.
Familie.
Leben.

Programm zur Landtagswahl am 27. März 2022

- Schrittweise Umstellung auf torf- und plastikfreie Landwirtschaft bzw. torf- und plastikfreien Gartenbau, z.B. durch ein Verbot der Verwendung von Torf im Zierpflanzenanbau und Unterstützung von Projekten zur Substitution von Torf, Förderung von Ersatzstoffen zu Plastik in der Landwirtschaft, Reduktion von Subventionen bei „Folienkulturen“ unter Berücksichtigung der Abbaubarkeit unter natürlichen Bedingungen.
- Generelles Pestizidverbot im Weinbau, bei Anbau von Braugerste und Anbau zur Alkoholherstellung
- Verbot des vorsorglichen Antibiotika-Einsatzes und des Einsatzes von Reserveantibiotika in der landwirtschaftlichen Tierhaltung
- Förderung der Weidehaltung statt Stallhaltung
- Förderung der Streuobstwiesen durch Senkung der bisherigen „Bagatellgrenze“ und Kopplung der Förderung an tatsächliche Obstverwertung
- Förderung lokaler / regionaler Genossenschaften zum Anbau und Vermarktung von privat erzeugtem Gemüse bzw. Obst (z.B. durch Mitwirkung der Obst- und Gartenbauvereine)
- Verpflichtendes landwirtschaftliches Praktikum in den Schulen
- Ausstattung der Schulen mit Schulgärten
- Vermittlung landwirtschaftlicher / gartenbaulicher Kenntnisse in den allgemeinbildenden Schulen



Saarland.
Familie.
Leben.

Programm zur Landtagswahl am 27. März 2022

Innere Sicherheit und Justiz

Der Schutz aller Bürgerinnen und Bürger ist eine der wichtigsten Aufgaben unseres demokratischen Rechtssystems. Ein wichtiger Gradmesser ist die Kriminalitätshäufigkeit (Zahl der Fälle auf 100.000 Einwohner). Hier liegt das Saarland regelmäßig im vorderen Mittelfeld der sichersten Bundesländer. Trotzdem gilt es, wachsam zu sein. Einerseits weist die Polizeiliche Kriminalstatistik für das Jahr 2020 einen Rückgang der Kriminalität und eine gestiegene Aufklärungsrate auf, was zum großen Teil der engagierten und konsequenten Arbeit unserer Polizei und den Polizeibeschäftigten zu verdanken ist. Andererseits hat auch die Pandemie an dem Rückgang ihren Anteil.

Die Gefahren für die saarländischen Bürgerinnen und Bürger sind dennoch präsent. Bei der Zahl der Wohnungseinbrüche befindet sich das Saarland auf einem vorderen Platz. Die Landeshauptstadt liegt unter den bundesdeutschen Großstädten ebenfalls auf einem „Spitzenplatz“. Die Grenznahe zu Frankreich und Luxemburg lag schon immer im Fokus der Kriminalität.

Im Zeitalter der Digitalisierung weist die Kriminalität neuere Formen auf, z.B. Cyberkriminalität, die sich in ihrer Wirkung in erschreckender Weise weiterentwickelt haben und gestiegene Anforderungen an die Sicherheitsorgane stellt.

Die ÖDP Saar fordert:

- Die personelle und technische Ausstattung der saarländischen Polizei ist zu verbessern, um so den künftigen neuen Herausforderungen entgegenwirken zu können. Diese sind insbesondere Gewalt, Korruption und Internetkriminalität.
- Die Zusammenarbeit von Polizei und Verfassungsschutz ist unter Beachtung des Trennungsgebots weiter zu gewährleisten, um insbesondere von Hassaufrufen bis hin zu Morddrohungen im Netz durch Extremisten insbesondere von rechts, konsequenter entgegenzuwirken.
- Die Ausbildung der Polizei ist stärker im Hinblick auf eine vorzeitige Spezialisierung von Schutz- und Kriminalpolizei zu überprüfen.
- Die Polizeipräsenz in der Öffentlichkeit (z.B. Streifengänge) muss erhöht werden, um dem subjektiven Sicherheitsgefühl der Bevölkerung Rechnung zu tragen.
- Videoüberwachung an Brennpunkten der Kriminalität im öffentlichen Raum ist konsequent anzuwenden.
- Als Pilotprojekt sind im Saarland grenzüberschreitende, gemeinsame Ermittlungsgruppen aus deutschen, französischen und luxemburgischen Polizeibeamten einzusetzen.



Saarland.
Familie.
Leben.

Programm zur Landtagswahl am 27. März 2022

Die Rolle der Landesmedienanstalt

Die Sozialen Medien haben sich zu einer wichtigen Quelle für die Information der Bürgerinnen und Bürger entwickelt. Bedauerlicherweise jedoch werden Soziale Medien oft auch missbraucht, insbesondere um Hass und falsche Informationen zu verbreiten. Dies hat das Potenzial, unsere Gesellschaft zu spalten. Im Saarland wollen wir gegen die fälschliche Nutzung der Sozialen Medien proaktiv vorgehen und die Aufsicht über die Nutzung Sozialer Medien in unserem Land stärker kontrollieren. Die Landesmedienanstalt des Saarlandes hat die Aufgabe gesetzliche Bestimmungen im Bereich der Medien einzuhalten. Seit vielen Jahren bietet sie auch ein Fortbildungsprogramm für die Nutzung digitaler Medien an. Aufgrund des bisherigen Aufgabenprofils will die ÖDP-Saar der Landesmedienanstalt auch die Aufsicht über die regelkonforme Nutzung der Sozialen Medien anvertrauen. Jegliche Verstöße gegen die legale Nutzung von Sozialen Medien werden von der Landesmedienanstalt künftig einer Sondereinheit im Innenministerium übermittelt und geahndet.



Saarland.
Familie.
Leben.

Programm zur Landtagswahl am 27. März 2022

Mehr Demokratie im Saarland

Demokratie ist ein hohes Gut, das sich immer wieder den Herausforderungen der Zeit stellen muss. Demokratie beschränkt und kontrolliert Macht, Demokratie schafft Möglichkeiten der Partizipation. Seit der Antike sind das Wahlrecht und das Los Möglichkeiten, allen Teilen der Gesellschaft eine Teilhabe an politischen Entscheidungsprozessen zu ermöglichen. Demokratie lebt auch vom Wechsel der politischen Entscheidungsträger. Nicht zuletzt legt Demokratie auch die Grundlage für mehr Wertschätzung der Menschen untereinander aber auch für demokratisch erreichte Entscheidungen.

Das Saarland ist geprägt durch gefestigte Machtstrukturen insbesondere für die ehemals großen Volksparteien, die sich ja auch mehrfach zur sogenannten Großen Koalition zusammengeschlossen haben. Die saarländische Landespolitik ist anfällig für verkrustete Strukturen, die am Ende nur die Etablierten versorgen und wesentliche Aktivposten einer Bürgergesellschaft nicht wirklich zur Kenntnis nehmen.

Die ÖDP Saar steht für mehr direkte Demokratie und ein gerechteres Wahlrecht. Für eine lebendige Demokratie im Saarland setzen wir uns für die folgenden Punkte ein:

- Familienwahlrecht: Die ÖDP fordert ein Stellvertreterwahlrecht, wonach Eltern für jedes Kind eine zusätzliche Stimme bei Wahlen bekommen und entsprechend mehrfach abstimmen dürfen.
- Losbasierte Bürgerräte: Für Fragen, die die Gesellschaft besonders bewegen, wie etwa die jeweils angepasste Entscheidungslage an die Corona-Pandemie, sollten an Bürgerinnen und Bürger übertragen werden, die nach einem transparenten Verfahren ausgelost werden.
- Unterstützungsunterschriften für die Wahlteilnahme von Parteien, die nicht in den Parlamenten vertreten sind sowie für Volksbegehren und Volksinitiativen müssen in Zukunft auch digital über eine amtliche Plattform einreichbar sein. Die Umsetzung soll spätestens bis zur Kommunalwahl 2024 erfolgen.
- Wir wollen Chancengleichheit für kleine Parteien und fordern den Ersatz der 5%-Hürde durch eine 1-Sitz-Hürde, wonach jede Partei einzieht, die genug Stimmen hat, um ohne Aufrunden einen Sitz zu erzielen, was rund 2,5% der gültigen Stimmen entspricht.
- Wir fordern die Einführung einer Ersatzstimme für eine andere Partei für den Fall, dass die gewählte Partei unter die 1-Sitz-Hürde fällt. Da es dann keine „verlorenen Stimmen“ mehr gibt können Wählerinnen und Wähler dann für die



Saarland.
Familie.
Leben.

Programm zur Landtagswahl am 27. März 2022

Partei stimmen, die sie wirklich bevorzugen und brauchen nicht mehr taktisch zu wählen.

- Wir befürworten bei der Stimmauszählung den Ersatz des D'Hondt-Verfahrens durch das weniger verzerrende Verfahren Hare-Niemeyer.
- Wir fordern die Halbierung der zu sammelnden Unterschriften für Volksbegehren auf 25000, für Volksinitiativen auf 2500.
- Wir setzen uns dafür ein, dass das Saarland sich im Bundesrat für die Einführung bundesweiter Volksbegehren einsetzt.
- Wir wollen das aktive Wahlrecht ab 16 bei Landtags- und Kommunalwahlen im Saarland.
- Die saarländische Landesregierung organisiert regelmäßige Jugendkonferenzen, in denen die Ergebnisse der Jugendräte (deren Teilnehmer ausgelost werden) vorgestellt werden. Jugendliche sind wesentliche Gestalter der saarländischen Politik und werden als engagierte Staatsbürgerinnen und Staatsbürger gebraucht! Die daraus gesammelten Erfahrungswerte sind zu nutzen, um weitere Reformen für mehr Jugendbeteiligung einzuführen.
- Das herabgesetzte Wahlalter muss durch intensivere politische Bildung begleitet werden inklusive der früheren Einführung von politischen Themen im Unterricht.

Weniger Lobbyismus & Mehr Transparenz:

- Die Informationsfreiheit muss auch im Saarland maximiert werden: Auskünfte im Rahmen des Informationsfreiheitsgesetzes müssen gebührenfrei sein.
- Wir fordern die umgehende Veröffentlichung aller Unterlagen aus der Regierungsarbeit (z. B. Gutachten, Präsentationen), bei denen kein besonderer Grund zur vertraulichen Behandlung besteht.
- Wir stehen für ein Verbot von Unternehmensspenden an saarländische Wählergruppen, Landesparteien und Landesverbände von Parteien, wie dies bei unseren Nachbarn in Luxemburg bereits verfassungsrechtlich verankert ist. Das Saarland sollte sich auch im Bundesrat für ein Verbot von Unternehmensspende einsetzen.
- Wir fordern die gesetzliche Einschränkung von Nebentätigkeiten für Abgeordnete auf maximal 30.000€ Nebeneinkünfte pro Jahr.
- Wir fordern ein Verbot von Beratertätigkeiten, aus denen sich ein Interessenkonflikt zur Abgeordnetentätigkeit ergibt.



Saarland.
Familie.
Leben.

Programm zur Landtagswahl am 27. März 2022

Kulturlandschaft Saarland: Vielfalt erhalten und fördern

Kleinkunst und Kultur gehören für uns zur saarländischen Daseinsvorsorge. Das Saarland besitzt eine eigene Kultur und Mundart, die zu pflegen es sich lohnt. Leider sind in den letzten Jahren in diesem Bereich viele Museen, Theater, Begegnungsstätten, Bibliotheken, Archive und sportliche Einrichtungen, und leider auch kleine kulturelle, insbesondere künstlerische und musikalische Vereine immer wieder Zielscheiben von Einsparmaßnahmen durch die Landesregierung geworden.

Ein besonders unrühmliches Beispiel unter vielen bietet die Schließung des Botanischen Gartens an unserer Universität. Durch Personalabbau, Reduzierung von Serviceleistungen und Kürzungen der Erwerbungssetats entstehen für Land, Region, Gemeinden und Städte unwiederbringliche Verluste, unsere kulturelle Landschaft verarmt, unser Bundesland verliert immer mehr an Attraktivität. Besonders betroffen von diesem Zerfall an kulturellen Einrichtungen sind dabei Familien mit Kindern und Seniorinnen und Senioren, da viele Jugendzentren und Begegnungsorte in unserer Region immer mehr dem Spardiktat zum Opfer fallen und ersatzlos geschlossen werden. Vielen Mitbürgerinnen und Mitbürgern reicht es nicht aus, in der Saar schwimmen oder abends mit der Hand hinten hin zu gehen.

Dies muss sich ändern, damit das Saarland als ein lebenswerter Ort erhalten bleibt, in dem auch kulturell Gemeinschaft erlebt werden kann. Das Land muss hier seiner Gesamtverantwortung für Kultur gerecht werden. Es muss durch einen angemessenen und leicht zugänglichen Kulturfonds in finanzieller Hinsicht dafür sorgen, dass unsere Museen, Theater, Begegnungsstätten für Jung und Alt, Bibliotheken, Archive, Volkshochschulen, Ateliers, Kinowerkstätten und Sporteinrichtungen dauerhaft gesichert, erschlossen und bei Bedarf ausgebaut werden. Dazu zählt insbesondere auch die Förderung kultureller, künstlerischer, musischer, historischer, wissenschaftlicher, folklorischer und sportlicher Vereine und der im Saarland eigenen Kleinkunst.

Zugleich besitzt das Saarland aufgrund seiner einmaligen Natur und Kulturlandschaft und besonderen Lage innerhalb der Großregion auch besondere Attraktivität für einen sanften Tourismus. Hier ist das Land gefordert, endlich entsprechende Rahmenbedingungen und eine angemessene Unterstützung für den Ausbau nachhaltiger und ökologisch wertvoller Angebote im Bereich der Naherholung aufzubauen und langfristig sicherzustellen.



Saarland.
Familie.
Leben.

Programm zur Landtagswahl am 27. März 2022

Anlage 1: ÖDP-Konzept für den saarländischen Bahnverkehr

Dieser Abschnitt dient als weitere Ausführung des Abschnitts „Mobilität geht auch ökologisch“ in Sachen Bahnverkehr.

Folgende Strecken wollen wir bis 2030 reaktivieren:

- Merzig-Niederlosheim plus Verlängerung nach Nunkirchen
- Niedaltdorf – Bouzonville – Thionville
- Dillingen-Lebach / Wadern (mindestens bis Dagstuhl)
- Überherrn – Völklingen (Hauptziel Völklingen, aber nach Möglichkeit auch Nutzung der linken Saarstrecke)
- Großrosseln – Saarbrücken
- Völklingen – Püttlingen Mitte (Verknüpfung mit der Bisttalbahn als Direktverbindung Überherrn – Püttlingen)
- Reaktivierung der restlichen Köllertalbahn (Püttlingen – Walpershofen) mindestens vorbereiten
- Ostertalbahn Ottweiler – Schwarzerden (Direktverbindung bis Neunkirchen)

Die drei letztgenannten Punkte müssen nachträglich in den VEP aufgenommen werden. Das gilt auch für den Neubau des Streckenabschnitts Niederlosheim-Nunkirchen.

Bahnhöfe: Die ÖDP Saar befürwortet unter anderem den Neu- und Ausbau der folgenden Bahnhöfe:

- Merzig Nord
- Saarfels
- Rehlingen Süd bzw. Dillingen Nord
- St. Ingbert Ost
- Homburg Am Zunderbaum
- Quierschied Süd
- Saarbrücken-Rußhütte
- Güdingen Nord
- Neubau der Bahnhöfe Rothenbühl und Saarbasar, aber auch Saarbrücken Ost erhalten
- Merzig (Saar) – westlichen Ausgang hinzufügen
- Bous – südlichen Ausgang hinzufügen
- Völklingen-Heidstock nicht über einen neuen Bahnhof an der Saarstrecke anbinden, sondern durch Reaktivierung der Köllertalbahn